Gesetz über die öffentlichen Gaststätten (ÖGG)

vom 24.09.1991 (Fassung in Kraft getreten am 01.07.2020)

Der Grosse Rat des Kantons Freiburg

gestützt auf die Artikel 3, 31 und 31ter der Bundesverfassung;

nach Einsicht in die Botschaft des Staatsrates vom 5. Februar 1990;

auf Antrag dieser Behörde,

beschliesst:

1 Allgemeine Bestimmungen

1.1 Zweck und Anwendungsbereich

Art. 1 Inhalt und Zweck

[1] Dieses Gesetz regelt das Hotellerie- und Restaurationsgewerbe; es bezweckt, die öffentliche Ordnung und das öffentliche Wohl aufrechtzuerhalten.

[2] Es bezweckt unter anderem:

a) eine ausgewogene Entwicklung des Hotellerie- und Restaurationsgewerbes zu begünstigen, insbesondere um den Tourismus zu fördern;

b) dem übermässigen Alkoholkonsum vorzubeugen;

c) die Jugend zu schützen;

d) gesellschaftliche Kontakte zu erleichtern.

Art. 2 Anwendungsbereich – Dem Gesetz unterstellte Tätigkeiten

[1] Diesem Gesetz sind folgende Tätigkeiten unterstellt:

a) die entgeltliche Abgabe oder der entgeltliche Verkauf an die Öffentlichkeit von Speisen und Getränken, die an Ort und Stelle konsumiert werden können;

abis) die berufsmässige Ausübung der Tätigkeit als Traiteur;

ater) der Verkauf von Lebensmitteln zum Mitnehmen, die an Ort und Stelle zubereitet oder weiterverarbeitet werden, ab einer mobilen Einrichtung;

b) die geschäftsmässige Beherbergung von Gästen;

c) die entgeltliche Zurverfügungstellung von Plätzen zum Campieren;

d) die ständige Zurverfügungstellung einer der Öffentlichkeit zugänglichen Tanzfläche.

[2] Die Artikel 36, 45 Abs. 4, 50, 53, 53a, 55, 57 und 58 gelten sinngemäss für die Tätigkeiten nach Absatz 1, die nicht berufsmässig oder unentgeltlich ausgeübt werden sowie für öffentliche Versammlungen auf öffentlichem Grund und die Überlassung gegen Entgelt von eingerichteten Räumlichkeiten zur Ausübung von Tätigkeiten, die Dienstleistungen der öffentlichen Gaststätten gleichgesetzt werden können. Die Organisatorin oder der Organisator haftet für die Einhaltung dieser Bestimmungen.

Art. 3 Anwendungsbereich – Dem Gesetz nicht unterstellte Tätigkeiten

[1] Diesem Gesetz sind nicht unterstellt:

a) die Beherbergung, der Verkauf und die Abgabe von Speisen und Getränken durch Spitäler, Alters- und Pflegeheime oder ähnliche Betriebe, soweit diese Dienstleistungen dazu bestimmt sind, die eigenen Bedürfnisse zu decken;

b) die Beherbergung, der Verkauf und die Abgabe von Speisen und Getränken durch Erziehungs-, Lehr- oder Bildungsanstalten und ähnliche Anstalten, soweit diese Dienstleistungen nur für die Angestellten und die Teilnehmer am Unterricht der Anstalt bestimmt sind;

c) die Vermietung von Ferienwohnungen, Chalets und Zimmern, sofern der Vermieter keine Hoteldienstleistungen anbietet;

d) der Verkauf, die Abgabe von Speisen und Getränken in Erfrischungsräumen von Fabriken, Kantinen auf Bauplätzen und ähnlichen Lokalen, sofern der Zutritt zu diesen Orten den Angestellten der betreffenden Betriebe vorbehalten ist und der Getränkehandel nicht mit der Absicht betrieben wird, einen Gewinn zu erzielen;

e) der Verkauf von Speisen und Getränken ausschliesslich zum Mitnehmen; vorbehalten bleiben die Dienstleistungen von fahrenden Küchen.

[2] Im Übrigen sind die Bestimmungen der Bundesgesetzgebung vorbehalten.

1.2 Vollzugsorgane

Art. 4 Staatsrat

[1] Der Staatsrat übt die Oberaufsicht über die öffentlichen Gaststätten aus.

[2] Er erlässt die Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz.

Art. 5 Direktion

[1] Die für die Gewerbepolizei zuständige Direktion [1)] (die Direktion) sorgt für die Anwendung dieses Gesetzes und der Ausführungsbestimmungen.

[2] Sie hat insbesondere folgende Befugnisse:

a) Sie erteilt und entzieht die Patente, mit Ausnahme der Patente B+ und K.

b) Sie verfügt die Schliessung einer öffentlichen Gaststätte, die über kein Patent verfügt.

c) …

d) …

e) Sie setzt die Betriebsabgabe für die Patente, mit Ausnahme der Patente K, fest.

f) …

g) …

h) Sie ernennt die Mitglieder der in Artikel 12 vorgesehenen Kommission.

i) …

j) Sie genehmigt das Programm des Fachkurses.

k) …

l) Sie genehmigt den Namen einer öffentlichen Gaststätte sowie dessen Änderung.

m) Sie setzt die ausserordentlichen Öffnungszeiten nach Artikel 46a Abs. 1 fest.

[3] Im Übrigen fällt sie die Entscheide, für die dieses Gesetz oder dessen Ausführungsbestimmungen nicht die Zuständigkeit einer anderen Behörde vorsehen.

Art. 6 Amt

[1] Das Amt für Gewerbepolizei (das Amt) ist das Vollzugsorgan der Direktion.

[2] Es hat folgende Befugnisse:

a) Es setzt die Frist für eine vorläufige Betriebsnutzung fest und gewährt die Befreiung vom Besuch des Fachkurses.

b) Es bewilligt oder verweigert die Einschreibung für den Fachkurs.

c) Es erteilt die Bescheinigungen über die Dauer der Ausübung von Tätigkeiten im Kanton, die in den Geltungsbereich dieses Gesetzes fallen.

[1)] Heute: Sicherheits-, Justiz- und Sportdirektion.

[3] Es erfüllt die Aufgaben, die das Ausführungsreglement ihm überträgt. Es kann dazu die zuständigen Organe beauftragen, regelmässige Kontrollen der Betriebsbedingungen öffentlicher Gaststätten durchzuführen. Namentlich sind folgende Einheiten betroffen:

a) das Amt für Umwelt;

b) das kantonale Feuerinspektorat;

c) das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen.

Art. 7 Kantonspolizei

[1] Die Kantonspolizei kontrolliert:

a) die Einhaltung der Schliessungszeiten der öffentlichen Gaststätten sowie den Zeitplan der Veranstaltungen, die mit einer in diesem Gesetz vorgesehenen Bewilligung organisiert werden;

b) die Einhaltung der Vorschriften über das Zutrittsalter;

c) …

[2] Sie kann vom Amt oder vom Oberamtmann mit der Vornahme weiterer Kontrollen beauftragt werden.

[3] Sie ist berechtigt, jederzeit die öffentlichen Gaststätten und deren Nebenräume zu inspizieren. Die Wohnungen und die Zimmer des Betriebsleiters, der Angestellten und der Gäste können jedoch nur gemäss den Bestimmungen der Strafprozessordnung inspiziert werden.

Art. 8 Oberamtmann

[1] Der Oberamtmann hat folgende Befugnisse:

a) Er erteilt und entzieht die Patente B+ und K; nötigenfalls versieht der Oberamtmann die Bewilligung mit Bedingungen, um die Beeinträchtigung der Nachbarn durch den Betrieb zu vermeiden; er berücksichtigt dabei namentlich die wirtschaftlichen Interessen der Betriebsführer.

b) Er setzt die Betriebsabgabe für die Patente K fest.

c) Er bewilligt die Vorverlegung der Öffnungszeit für öffentliche Gaststätten und die Verlängerungen.

d) Er bewilligt die Abweichungen von den Vorschriften bezüglich des Zutrittsalters für öffentliche Gaststätten.

e) Er verfügt die vorläufige Schliessung einer öffentlichen Gaststätte bei Unordnung.

f) Er ergreift Massnahmen gegen übermässigen Lärm; er kann insbesondere die notwendigen Koordinationsmassnahmen veranlassen, wenn mehrere Gaststätten in einem eingeschränkten Umkreis betrieben werden.

f^bis) Er ergreift Massnahmen, damit die Kundschaft keiner übermässigen akustischen Belastung ausgesetzt ist.

f^ter) Er kann im Rahmen seiner Befugnisse die zuständigen Organe beauftragen, Kontrollen durchzuführen.

g) Er setzt die ausserordentlichen Öffnungszeiten nach Artikel 46a Abs. 2 fest.

Art. 9 Amt für Umwelt

1 Das Amt für Umwelt hat folgende Befugnisse:

a) Es überprüft den einwandfreien Aufbau und die Einstellungen der Lautsprecher- und Tonverstärkungsanlagen.

b) Es kontrolliert den Schallpegel der Musik.

2 Es bestimmt und beurteilt die negativen Schalleinwirkungen gemäss der Bundesgesetzgebung, die durch den Betrieb einer bestehenden oder einer neuen Gaststätte entstehen.

3 Bei Bedarf erstellt es einen Bericht zuhanden des Amtes und des Oberamtmanns.

4 Es kann ein spezialisiertes Ingenieurbüro beiziehen oder, auf Antrag einer Gemeinde, bestimmte Kontrollen einer Dienststelle dieser Gemeinde übertragen.

Art. 10 Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen

1 Das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen überprüft, ob die öffentlichen Gaststätten die Bestimmungen des Lebensmittelrechts einhalten.

2 Bei Bedarf erstellt es einen Bericht zuhanden des Amtes und des Oberamtmanns.

Art. 10a Amt für den Arbeitsmarkt

1 Das Amt für den Arbeitsmarkt sorgt mit dem Arbeitsinspektorat und der Arbeitsmarktüberwachung für den Schutz der Arbeitnehmenden und die Bekämpfung der Schwarzarbeit in den öffentlichen Gaststätten.

2 Es kann in diesem Zusammenhang die Schliessung einer Gaststätte anordnen.

Art. 11 …

Art. 12 Fachprüfungskommission

1 Die Kommission für Wirtefachprüfungen setzt sich aus fünf Mitgliedern zusammen. Ein Mitglied vertritt die Direktion; vier Mitglieder werden auf Vorschlag der betreffenden Berufskreise ernannt.

2 Die Mitglieder werden für eine Amtsperiode gemäss der Gesetzgebung über die Dauer der öffentlichen Nebenämter ernannt.

3 Der Vorsitz und das Sekretariat werden von der Direktion geführt.

4 Die Kommission wird beauftragt, die Prüfungssitzungen zu organisieren und deren Ablauf sicherzustellen. Sie schlägt der Direktion die Experten vor, die mit der Prüfung der Anwärter betraut sind.

1.3 Rechtsmittel

Art. 13

1 Die in Anwendung dieses Gesetzes getroffenen Entscheide sind mit Beschwerde gemäss dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege anfechtbar.

2 Die Entscheide der Fachprüfungskommission können vorgängig mit Beschwerde bei der Direktion angefochten werden.

3 …

2 Hotellerie- und Restaurationsgewerbe

2.1 Grundsatz und Patentarten

Art. 14 Im Allgemeinen

1 Jede Person, die eine in Artikel 2 Abs. 1 Bst. a, a^bis, a^ter, b oder c aufgezählte Tätigkeit ausübt, muss im Besitz eines der folgenden Patente sein:

A Patent für das Hotelleriegewerbe;

B Patent für einen Betrieb mit Alkohol;

B+ Zusatzpatent zum Patent B;

C Patent für einen Betrieb ohne Alkohol;

D Patent für eine Diskothek oder ein Kabarett;

E Zusatzpatent für eine Hotelbar;

F Patent für durchgehende Restauration;

G Patent für einen Betrieb, der einem Lebensmittelgeschäft angegliedert ist;

H Sonderpatent;

I Patent für einen hotelähnlichen Betrieb;

K Patent von kurzer Dauer;

T Traiteurpatent;

U Patent für eine Bar, die zu einem Raum zur Ausübung der Prostitution gehört;

V Patent für eine fahrende Küche.

Art. 15 Patent A

[1] Das Patent A berechtigt den Inhaber, Gäste zu beherbergen, Speisen und Getränke, die an Ort und Stelle konsumiert werden können, abzugeben sowie solche zum Mitnehmen zu verkaufen.

[2] …

Art. 16 Patente B und B+

[1] Das Patent B berechtigt den Inhaber, Getränke, die an Ort und Stelle konsumiert werden können, abzugeben und solche zum Mitnehmen zu verkaufen. Für Restaurationsbetriebe berechtigt es den Inhaber ausserdem, Speisen, die an Ort und Stelle konsumiert werden können, abzugeben und solche zum Mitnehmen zu verkaufen. Sein Inhaber darf ausnahmsweise Veranstaltungen durchführen.

[2] Das Patent B+ ergänzt das Patent B; es lässt am Donnerstag, Freitag und Samstag verlängerte Öffnungszeiten zu und berechtigt den Inhaber, unter den im Reglement festgelegten Bedingungen regelmässig Veranstaltungen durchzuführen und in der Nacht kulinarische Leistungen anzubieten.

Art. 17 Patent C

[1] Das Patent C berechtigt den Inhaber, Speisen und Getränke ohne Alkohol, die an Ort und Stelle konsumiert werden können, abzugeben sowie solche zum Mitnehmen zu verkaufen.

Art. 18 Patent D

[1] Das Patent D für eine Diskothek oder ein Kabarett berechtigt den Inhaber, einen für das Tanzen eingerichteten Raum bereitzustellen, Vorstellungen, Konzerte oder Darbietungen vorzuführen sowie Speisen und Getränke, die an Ort und Stelle konsumiert werden können, abzugeben.

Art. 19 Patent E

[1] Das Patent E berechtigt den Inhaber, Getränke in einem geeigneten Lokal eines Hotelbetriebes abzugeben.

[2] Es kann nur erteilt werden für Betriebe mit mindestens 40 Betten. Je Zimmer werden höchstens zwei Erwachsenenbetten angerechnet.

[3] Auf begründetes Gesuch hin kann ein Patent E auch einem Betrieb mit weniger Betten erteilt werden, wenn dieser in ländlicher Gegend liegt und der Förderung des Tourismus dient.

Art. 20 Patent F

[1] Das Patent F für durchgehende Restauration berechtigt den Inhaber, Speisen und Getränke, die an Ort und Stelle konsumiert werden können, abzugeben sowie solche zum Mitnehmen zu verkaufen.

[2] Es bleibt Betrieben vorbehalten, deren Betriebskonzept ausschliesslich auf kulinarische Leistungen ausgerichtet ist und deren Standort geeignet ist, Lärmbelästigungen vorzubeugen.

Art. 21 Patent G

[1] Das Patent G berechtigt den Inhaber, in beschränktem Rahmen jene Speisen und Getränke zum Konsum an Ort und Stelle abzugeben, die in einem ständig geöffneten Lebensmittelgeschäft hauptsächlich zum Mitnehmen verkauft werden.

[2] …

Art. 22 Patent H

[1] Das Patent H berechtigt den Inhaber, im Rahmen eines nicht dauerhaften oder saisonbedingten sportlichen, kulturellen oder sozialen Anlasses Speisen und Getränke zum Konsum an Ort und Stelle anzubieten und ausnahmsweise zum Mitnehmen zu verkaufen.

[2] Ein Patent H kann insbesondere erlangt werden für:

a) die Büvetten in Kinos, Theatern oder Konzertsälen;

b) die Büvetten auf Sportplätzen und in Sporthallen sowie in Schwimmbädern;

c) die Büvetten der Skilift- und Luftseilbahngesellschaften und die Alphütten;

d) die Cafeterias in Spitälern, Alters- und Pflegeheimen, Schulen oder gleichartigen Betrieben;

e) die Ausländerkolonien, soweit dies aufgrund des Mitgliederbestandes der Gemeinschaft nötig ist.

[3] Das Ausführungsreglement legt die übrigen Betriebsbedingungen fest.

Art. 23 Patent I

[1] Das Patent I berechtigt den Inhaber, einen hotelähnlichen Beherbergungsbetrieb für mehr als fünf Personen zu führen, z. B. eine Gemeinschaftsunterkunft, einen Lagerplatz für Zelte, Wohnwagen, Bungalows oder eine Unterkunftsstätte in einem Bauernhof.

[2] Mit dem Patent I kann dem Inhaber das Recht erteilt werden, Speisen und Getränke, die an Ort und Stelle konsumiert werden können, zu den im Ausführungsreglement festgesetzten Bedingungen abzugeben.

Art. 24 Patent K

[1] Das Patent K wird für eine Veranstaltung von kurzer Dauer erteilt, z. B. eine Messe, eine Kermesse, eine Versammlung, eine Sportveranstaltung oder ein Volksfest. Es überträgt die im Ausführungsreglement in groben Zügen festgelegten Rechte und Pflichten.

Art. 24a Patent T

[1] Das Patent T berechtigt den Inhaber, Mahlzeiten für Dritte in deren Wohnung oder an anderen Orten anzubieten, indem Leistungen analog jenen eines Gastwirts erbracht werden, namentlich die Zubereitung, die Lieferung und das Servieren von Speisen und Getränken.

Art. 24b Patent U

[1] Das Patent U berechtigt den Inhaber, in beschränktem Rahmen Getränke zum Konsum an Ort und Stelle in einem Raum abzugeben, der zur Ausübung der Prostitution bestimmt ist.

[2] Die Spezialvorschriften über die Ausübung der Prostitution bleiben ausdrücklich vorbehalten.

Art. 24c Patent V

[1] Das Patent V berechtigt den Inhaber, Speisen zum Mitnehmen, die in einem Fahrzeug oder Anhänger mit geeigneter Einrichtung für gastronomische Zwecke zubereitet oder weiterverarbeitet werden, zu verkaufen.

[2] Es berechtigt ausserdem zum Verkauf von alkoholfreien Getränken.

[3] Gegebenenfalls umfasst es auch Traiteur-Dienstleistungen, die ab der gleichen Einrichtung erbracht werden, sofern diese Nebentätigkeit den Bestimmungen des Lebensmittelrechts entspricht.

[4] Der Oberamtmann passt die Auflagen für das Patent V an, wenn dessen Inhaber die mobile Einrichtung an einer temporären Veranstaltung betreiben will, die dem Patent K unterstellt ist.

2.2 Bedingungen für die Erteilung und den Entzug des Patentes

2.2.1 Allgemeines

Art. 25 Grundsatz

[1] Das Patent ist persönlich und unübertragbar. Es wird der Person erteilt, die den Betrieb selber leitet oder für die zeitweilige Veranstaltung verantwortlich ist.

[2] Es wird für eine beschränkte Dauer und für eine bestimmte Tätigkeit ausgestellt. Es ist an einen bestimmten Ort und bestimmte Räumlichkeiten oder an eine bestimmte mobile Einrichtung gebunden, die allenfalls durch Lager- und Produktionsräumlichkeiten ergänzt wird. Es kann zudem mit Auflagen und Bedingungen verbunden werden.

[3] Ist der Betreiber nicht selber Eigentümer der Liegenschaft, in der sich die Räumlichkeiten für die Gaststätte befinden, oder der mobilen Küche und allfälliger zusätzlicher Räumlichkeiten, so muss er über die Zustimmung des Eigentümers verfügen.

Art. 26 Juristische Person

[1] Will eine juristische Person einen Betrieb führen, so wird das Patent einem verantwortlichen Betriebsleiter erteilt.

Art. 27 Persönliche Anforderungen

[1] Das Patent wird einer Person erteilt:

a) mit Schweizer Bürgerrecht, mit Bürgerrecht eines Mitgliedstaats der Europäischen Union oder eines Mitgliedstaats der Europäischen Freihandelsassoziation; Personen mit Bürgerrecht anderer Staaten müssen eine Aufenthaltsbewilligung besitzen;

b) …

c) die handlungsfähig ist;

d) gegen die keine Verlustscheine ausgestellt wurden;

e) die durch ihr Vorleben und ihr Verhalten die nötige Sicherheit dafür bietet, dass der Betrieb in Einhaltung der Bestimmungen dieses Gesetzes und der Vorschriften auf dem Gebiet der sozialen Sicherheit, des Arbeitsrechts und der Fremdenpolizei geführt wird.

[2] Die in Absatz 1 Bst. e genannte Voraussetzung muss ebenfalls vom Ehegatten oder vom eingetragenen Partner des Betriebsführers und den übrigen Personen, die mit ihm in gemeinsamem Haushalt leben, erfüllt werden, soweit diese bei der Betriebsführung eine verantwortliche Stellung einnehmen.

Art. 28 …

Art. 29 Anzahl Patente

[1] Eine Person kann nur ein Patent erlangen; die Patente B+, E und K bleiben vorbehalten.

[2] Sie kann jedoch zusätzlich zu den Fällen nach Absatz 1 mehrere Patente erlangen, wenn die von ihr geführten Betriebe sich in derselben Liegenschaft befinden oder eine geschäftliche Einheit bilden.

Art. 30 Gültigkeitsdauer der Patente

[1] Die Patente haben folgende Gültigkeitsdauer:

a) die Patente A, B, C, D, E, F und I: 5 Jahre;

b) die Patente B+, G, H, T, U und V: 1-3 Jahre;

c) das Patent K: 1-20 Tage.

[2] Die Gültigkeitsdauer der Patente kann gekürzt werden, wenn besondere Umstände es erfordern.

[3] Die Patente, mit Ausnahme des Patentes K, werden von Amtes wegen zu den im Ausführungsreglement festgelegten Bedingungen erneuert.

2.2.2 Fachkenntnisse

Art. 31 Kantonaler Fähigkeitsausweis

[1] Wer ein Patent A, B, C, D oder F erlangen will, muss im Besitz eines kantonalen Fähigkeitsausweises für Betriebsführer öffentlicher Gaststätten sein.

[2] Wer ein Patent H oder I erlangen will, muss nur in den im Ausführungsreglement vorgesehenen Fällen im Besitz eines solchen Ausweises sein.

[3] Wer ein Patent G, T, U oder V erlangen will, muss nachweisen können, dass eine im Ausführungsreglement vorgesehene Ausbildung erworben wurde.

Art. 32 Kurse und Eignungsprüfungen

[1] Den Fähigkeitsausweis erlangt, wer eine Prüfung bestanden hat, bei der festgestellt wurde, dass die geprüfte Person für die Führung eines Betriebs die nötigen Kenntnisse im Hinblick auf die vom Gesetz festgelegten Ziele besitzt.

[2] Prüfungskandidaten müssen den von den Berufsverbänden in Zusammenarbeit mit der Direktion organisierten Fachkurs besucht haben.

[3] Das Ausführungsreglement legt für jedes Patent die Kursprogramme und die zu prüfenden Fächer unter Berücksichtigung der erworbenen Zeugnisse und Diplome oder der Berufserfahrung fest.

Art. 33 …

Art. 34 Ausnahmen

[1] Stirbt der Patentinhaber, so können der überlebende Ehegatte, der eingetragene Partner, die Kinder oder der Geschäftspartner des Betriebsführers den Betrieb ohne Fähigkeitsausweis während der für die Erlangung dieses Ausweises nötigen Zeit, die von der Behörde festgesetzt wird, weiterführen.

[2] Dasselbe gilt für den Ehegatten oder den eingetragenen Partner, wenn der Patentinhaber nach einer Scheidung oder einer Trennung oder nach einer gerichtlichen Auflösung der Partnerschaft die Betriebsführung aufgibt.

Art. 35 Gültigkeit des Ausweises

[1] Der Fähigkeitsausweis verliert seine Gültigkeit, wenn der Inhaber während mehr als fünf Jahren keinen Betrieb geführt hat.

[2] Ausnahmsweise gilt der Ausweis länger als fünf Jahre, wenn der Inhaber seit dem Jahr nach der Prüfung als Familienmitglied, als eingetragener Partner oder als Verantwortlicher tatsächlich bei der Betriebsführung mitgewirkt hat.

2.2.3 Räumlichkeiten und mobile Einrichtungen

Art. 36

[1] Jeder Betrieb muss den in der Spezialgesetzgebung auf dem Gebiet der Bau- und Feuerpolizei sowie der Gesundheit vorgesehenen Anforderungen für Sicherheit, Sauberkeit und Hygiene genügen. Die Bestimmungen auf den Gebieten des Umweltschutzes und der Zugänglichkeit für Behinderte bleiben vorbehalten.

[2] Dies gilt auch für Fahrzeuge oder Anhänger mit fahrenden Küchen und ihre allfälligen zusätzlichen Räumlichkeiten. Bevor ein Standort genutzt wird, muss zudem die Zustimmung des Eigentümers, in der die Bedingungen für die Zurverfügungstellung seines öffentlichen oder privaten Grundes festgehalten sind, eingeholt werden. Der Betrieb einer mobilen Einrichtung an einem bestimmten Standort erfordert ausserdem eine polizeiliche Bewilligung, die von den Gemeindebehörden ausgestellt wird.

[3] Das Ausführungsreglement nennt die besonderen Bedingungen, die jeder Betrieb je nach Art des Patentes, dem er unterstellt ist, zusätzlich erfüllen muss.

[4] Die auf öffentlichem oder privatem Grund gelegene Terrasse einer öffentlichen Gaststätte wird bei der Prüfung des Patentgesuchs mit einbezogen. Die Bestimmungen der Gesetzgebung über die Benützung des öffentlichen Grundes und der Gesetzgebung über die Raumplanung und das Bauwesen bleiben vorbehalten.

2.2.4 Bedürfnisklausel

Art. 37 …

2.2.5 Entzug des Patentes

Art. 38 Fakultativer Entzug

[1] Das Patent kann entzogen werden, wenn der Betriebsführer die von diesem Gesetz, dessen Ausführungsreglement oder von der Spezialgesetzgebung, insbesondere der Gesetzgebung über die Lebensmittel, den Tourismus, die Sozialversicherungen, die Arbeit und die Ausländer, auferlegten Pflichten nicht erfüllt.

[2] Es kann auch entzogen werden, wenn die Bedingungen und Auflagen, an welche die Erteilung geknüpft war, nicht eingehalten werden.

Art. 39 Obligatorischer Entzug

[1] Das Patent muss entzogen werden, wenn eine der Voraussetzungen für dessen Erteilung oder eine der Auflagen, an welche es geknüpft ist, dauerhaft oder wiederholt nicht eingehalten wird.

[2] Es muss ferner demjenigen Betriebsführer entzogen werden:

a) dessen Betrieb innert drei Jahren zum zweiten Mal vorläufig geschlossen werden musste;

b) der innert fünf Jahren zweimal wegen grober Verletzung dieses Gesetzes verurteilt wurde;

c) in dessen Betrieb schwer wiegende unordentliche Zustände herrschen oder gegen die guten Sitten verstossende Handlungen begangen worden sind;

d) …

Art. 40 Neues Patentgesuch

[1] Bei einem Patententzug wird eine Frist von drei bis fünf Jahren gesetzt, während der der Betriebsführer kein neues Patentgesuch stellen kann.

[2] Diese Frist beginnt mit dem Tag, an dem der Entzugsentscheid rechtskräftig geworden ist.

2.3 Abgaben und Gebühren

Art. 41 Grundsätze

[1] Jedes Patent unterliegt:

a) einer Erteilungsgebühr;

b) einer Betriebsabgabe;

c) einer Erneuerungsgebühr.

[2] Der Staatsrat setzt den Tarif für die Gebühren fest, die für die in Anwendung dieses Gesetzes getroffenen Entscheide erhoben werden.

Art. 42 Betriebsabgabe

[1] Die Betriebsabgabe wird aufgrund der Art, des Umsatzes und der Öffnungsdauer des Betriebes festgesetzt. Sie wird jährlich erhoben.

[2] Sie liegt zwischen folgenden Mindest- und Höchstbeträgen:

a) Patent A, B, E, G, H, I, T, U, V: Minimum Fr. 100, Maximum Fr. 4000

a[bis]) Patent B+: Minimum Fr. 500, Maximum Fr. 1500

b) Patent C: Minimum Fr. 100, Maximum Fr. 3000

c) Patent D, F: Minimum Fr. 1000, Maximum Fr. 5000

d) Patent K: Minimum Fr. 30, Maximum Fr. 4000

[3] …

[4] Der Ertrag der Betriebsabgabe wird wie folgt verwendet:

a) 20 % für die berufliche Weiterbildung der Betriebsführer und des Personals der öffentlichen Gaststätten, sofern die Weiterbildungskurse durchgeführt werden;

b) 40 % für den Tourismusförderungsfonds;

c) der Saldo für den Staat.

Art. 43 Schuldner

[1] Die Betriebsabgabe sowie die Erteilungs- und Erneuerungsgebühren sind vom Patentinhaber geschuldet.

Art. 44 Verzugszinsen

[1] Verzugszinsen sind ab dem auf der Rechnung erwähnten Verfalltag an geschuldet.

[2] Ihr Satz entspricht demjenigen, der jährlich von der für die direkten Steuern zuständigen Direktion [2)] für den Bezug der Steuerforderungen festgesetzt wird.

2.4 Betriebsführung

Art. 45 Name

[1] Der Name des Betriebes darf nicht geeignet sein, die Öffentlichkeit über die Kategorie des Betriebes irrezuführen.

[2] Der Name muss der Direktion zur Genehmigung unterbreitet werden.

[3] Die auf die Firmenbezeichnungen anwendbaren Spezialvorschriften bleiben vorbehalten.

[4] Eine vorübergehende Aktivität oder eine Veranstaltung darf auf keinen Fall mit dem Namen eines gebrannten alkoholischen Getränks oder mit der Marke eines alkoholischen Getränks bezeichnet werden.

Art. 46 Öffnungs- und Schliessungszeiten – Im Allgemeinen

[1] Betriebe mit einem Patent A, B, C, I oder K dürfen um 6.00 Uhr geöffnet werden. Sie müssen spätestens um 24.00 Uhr geschlossen werden.

[1bis] Die Betriebe mit einem Patent B+ dürfen am Donnerstag, Freitag und Samstag bis 3 Uhr geöffnet bleiben.

[2] Die Betriebe mit einem Patent D für eine Diskothek oder ein Kabarett dürfen von 16 Uhr bis 6 Uhr geöffnet werden.

[3] …

[4] …

[5] Die Hotelbars dürfen von 11.00 Uhr bis 3.00 Uhr geöffnet werden.

[6] Die Betriebe mit einem Patent F für durchgehende Restauration dürfen tagsüber und nachts ohne Einschränkung geöffnet werden.

[7] Die Betriebe mit einem Patent G dürfen nur zu den Öffnungszeiten des Lebensmittelgeschäfts, dem sie angegliedert sind, geöffnet werden.

[8] Für die Betriebe mit einem Patent H werden die Öffnungszeiten im Ausführungsreglement geregelt.

2) Heute: Finanzdirektion.

[9] Fahrende Küchen mit einem Patent V dürfen nach der Gesetzgebung über die Öffnungszeiten der Geschäfte betrieben werden. Die Gemeinden können jedoch den Betrieb bis 22 Uhr bewilligen.

Art. 46a Öffnungs- und Schliessungszeiten – Ausserordentliche Öffnungszeiten

[1] Für Anlässe von nationaler Bedeutung kann die Direktion unter Berücksichtigung der betroffenen Regionen und der Kategorien der betroffenen Gaststätten ausserordentliche Öffnungszeiten für Gaststätten festsetzen.

[2] Im Rahmen der zeitlich beschränkten Bewilligungen, die er erteilt, verfügt der Oberamtmann für Anlässe von kantonaler oder regionaler Bedeutung über die gleiche Zuständigkeit.

Art. 47 Öffnungs- und Schliessungszeiten – Vorverlegung der Öffnungszeit

[1] Auf begründetes Gesuch hin kann der Oberamtmann die Öffnungszeit eines Betriebes mit einem Patent A, B oder I mit Büvette um eine Stunde vorverlegen.

Art. 48 Öffnungs- und Schliessungszeiten – Verlängerung der Öffnungszeit

[1] Auf vorgängiges, begründetes Gesuch kann der Oberamtmann die Öffnungsdauer eines Betriebes über die gesetzliche Schliessungszeit hinaus bewilligen, jedoch höchstens bis 3.00 Uhr. Dabei gelten folgende Modalitäten:

a) für Betriebe mit einem Patent A, B, C, H, I oder K wird die Bewilligung nur in Ausnahmefällen erteilt;

b) für Betriebe mit einem Patent B+ betrifft die Bewilligung der verlängerten Öffnungszeit ausschliesslich jene Tage, die nicht in Artikel 46 Abs. 1bis geregelt sind.

[1a] Auf vorgängiges, begründetes Gesuch kann der Oberamtmann die Öffnungsdauer eines Betriebes mit einem Patent K am Freitag und Samstag über die gesetzliche Schliessungszeit hinaus bewilligen, jedoch höchstens bis 4.00 Uhr.

[2] Ohne vorgängiges, begründetes Gesuch kann die Schliessungszeit um höchstens zwei Stunden hinausgeschoben werden. Die Verlängerung muss spätestens zu der in Artikel 46 Abs. 1 und 8 vorgesehenen Schliessungszeit auf ein vom Oberamtmann abgegebenes Formular eingetragen werden. Die so bewilligte Verlängerungszeit darf je Trimester und Betrieb 25 Stunden nicht überschreiten. Für Betriebe mit einem Patent B+ wird jedoch die Verlängerungszeit auf höchstens zwölf Stunden je Trimester beschränkt.

[3] Für jede Verlängerung muss eine Gebühr entrichtet werden, die aufgrund der Verlängerungsdauer berechnet wird. Das Ausführungsreglement setzt die Gebühren fest.

[4] Bei Veranstaltungen von allgemeinem Interesse kann der Oberamtmann die Verlängerungsbewilligungen von der Gebühr befreien.

Art. 49 …

Art. 49bis Benützung der Räume

[1] Die Räume einer öffentlichen Gaststätte dürfen nur während den je nach Patent bewilligten Öffnungszeiten benützt werden.

[2] Für den Betrieb mit einem Sonderpatent H ausserhalb dieser Zeiten bedarf es eines Patents K.

Art. 50 Öffentliche Ordnung und Ruhe

[1] Der Betriebsführer sorgt für die Aufrechterhaltung der Ordnung in seinem Betrieb und in dessen unmittelbarer Umgebung; wenn nötig, benachrichtigt er die Polizei.

[2] Er ergreift alle nötigen Massnahmen, damit die Nachbarschaft durch seinen Betrieb nicht belästigt wird.

[3] Wenn die Umstände es verlangen, werden ihm zur Wahrung des öffentlichen Interesses Auflagen gemacht.

[4] Der Oberamtmann ordnet die vorläufige Schliessung eines Betriebes an, in welchem unordentliche Zustände herrschen. Diese Massnahme kann grundsätzlich höchstens 30 Tage dauern.

Art. 51 Bedienungspflicht

[1] Unter Vorbehalt triftiger Gründe ist der Betriebsführer verpflichtet, seine Gäste zu empfangen und ihnen die der Art des Betriebes entsprechenden Leistungen zu gewähren.

[2] Der Betriebsführer eines Restaurationsbetriebes ist ferner verpflichtet, zu den Essenszeiten Speisen zum Mitnehmen zu verkaufen.

[3] …

[4] …

Art. 52 Verweigerung des Empfangs und der Bedienung eines Gastes

[1] Während der Öffnungszeiten kann der Betriebsführer sich weigern, einen Gast zu empfangen und zu bedienen, wenn dieser durch sein Verhalten Ruhe und Ordnung im Betrieb stört.

Art. 53 Verbot des Ausschanks und des Verkaufs alkoholhaltiger Getränke

[1] Der Betriebsführer darf keinen Alkohol ausschenken, ausschenken lassen oder verkaufen:

a) an Personen in offensichtlich betrunkenem Zustand;

b) an junge Leute, die das sechzehnte Altersjahr noch nicht vollendet haben;

c) gebrannte Getränke an junge Leute, die das achtzehnte Altersjahr noch nicht vollendet haben.

[2] Der Verkauf alkoholhaltiger Getränke zum Mitnehmen ist nach 22.00 Uhr verboten.

Art. 53a Verbot von Spielen und Wettbewerben, die mit Alkohol in Zusammenhang stehen

[1] Die Durchführung von Wettbewerben und Spielen, die den Konsum von Alkohol fördern sollen, ist verboten, mit Ausnahme von Degustationswettbewerben.

Art. 54 Alkoholfreie Getränke

[1] Der zum Ausschank von alkoholhaltigen Getränken berechtigte Betriebsführer muss mindestens drei alkoholfreie Getränke verschiedener Art anbieten, die bei gleicher Menge billiger sind als das billigste alkoholhaltige Getränk.

Art. 55 Zutrittsalter

[1] Minderjährigen, die das fünfzehnte Altersjahr nicht vollendet haben, ist der Zutritt zu öffentlichen Gaststätten mit einem Patent A, B, C, F, G, H, I oder K nur in Begleitung eines Erwachsenen gestattet, dessen Obhut sie anvertraut sind. Ab 22.00 Uhr kann sich der Betriebsführer einer öffentlichen Gaststätte mit einem Patent B+ jedoch weigern, Minderjährige zu empfangen und zu bedienen.

[2] Minderjährigen ist der Zutritt zu einem Betrieb mit einem Patent D, E oder U untersagt.

[3] Der Betriebsführer ist für die Einhaltung dieser Altersgrenzen verantwortlich.

[4] Wenn die Umstände es rechtfertigen, insbesondere wenn in einer öffentlichen Gaststätte eine eigens für Jugendliche organisierte Veranstaltung stattfindet, kann der Oberamtmann die in den Absätzen 1 und 2 festgesetzten Altersgrenzen herabsetzen oder aufheben. Wenn nötig versieht er seinen Entscheid mit Bedingungen und Auflagen. Bei besonderen Veranstaltungen kann er auch eine höhere Altersgrenze festlegen.

Art. 56 Spiele

[1] Die mit Gewinn verbundenen Spiele sind in den öffentlichen Gaststätten verboten, wenn der Einsatz den Betrag der Konsumation übersteigt.

[2] Die Spezialgesetzgebung betreffend Spielapparate bleibt vorbehalten.

Art. 57 Lärmgrenzwert

[1] Jeder Betriebsführer muss die geeigneten Massnahmen ergreifen, um seine Gäste vor Gehörschäden zu bewahren.

[2] Die bundesrechtlichen Bestimmungen zum Schutz der Öffentlichkeit vor Lärmbelästigungen sind anwendbar.

Art. 58 Laserbeleuchtung

[1] Laserbeleuchtung darf nur mit der vorgängigen Bewilligung der Direktion verwendet werden.

[2] Die in der Bundesgesetzgebung festgesetzten besonderen Bedingungen zum Schutz der Öffentlichkeit sind anwendbar.

Art. 59 Wohnung des Betriebsführers

[1] Der Betriebsführer eines Hotels oder eines ähnlichen Beherbergungsbetriebes ist gehalten, in dem Gebäude zu wohnen, in dem sich sein Betrieb befindet, es sei denn, es bestehe ein Nachtdienst.

Art. 60 Gästekontrolle

[1] Der Betriebsführer eines Hotels oder eines ähnlichen Beherbergungsbetriebes muss ein Register über die Personen, denen er Unterkunft gewährt, führen.

[2] Er lässt den Gast einen Schein ausfüllen, der der Kantonspolizei und dem Freiburger Tourismusverband abgegeben wird.

[3] Die Bestimmungen auf dem Gebiet der Einwohnerkontrolle sind vorbehalten.

3 ...

Art. 61 …

Art. 62 …

Art. 63 …

Art. 64 …

Art. 65 …

Art. 66 …

Art. 67 …

Art. 68 …

Art. 69 …

Art. 70 …

4 Straf-, Übergangs- und Schlussbestimmungen

4.1 Strafbestimmungen

Art. 71 Strafen

[1] Mit einer Busse bis zu 2000 Franken oder bei Rückfall innert zwei Jahren seit der letzten Widerhandlung bis zu 10'000 Franken wird bestraft:

a) der Betriebsführer, der eine in Artikel 2 dieses Gesetzes genannte Tätigkeit ausübt, ohne im Besitz des verlangten Patentes zu sein;

b) der Betriebsführer oder Organisator im Sinne von Artikel 2 Abs. 2, der die in den Artikeln 45-60 dieses Gesetzes enthaltenen Pflichten nicht erfüllt;

c) der Gast oder der Kunde, der die Anweisungen des Betriebsführers nicht befolgt und dadurch in einer öffentlichen Gaststätte die Ordnung stört.

[2] Bei einer schweren Widerhandlung kann eine Busse bis zu 20'000 Franken ausgesprochen werden.

[3] Den im Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht vorgesehenen Strafen und Massnahmen untersteht der Minderjährige, der:

a) die Anweisungen des Betriebsführers nicht befolgt und dadurch in einer öffentlichen Gaststätte die Ordnung stört;

b) gegen den Artikel 55 dieses Gesetzes verstösst.

Art. 72 Verfahren

[1] Die Strafe wird vom Oberamtmann nach dem Justizgesetz ausgesprochen.

4.2 Übergangsbestimmungen

Art. 73-76

4.3 Schlussbestimmungen

Art. 77 Änderung

[1] Das Gesetz vom 21. November 1972 über die öffentlichen Gaststätten, den Tanz und den Getränkehandel wird wie folgt geändert:

...

Art. 78 Inkrafttreten

[1] Der Staatsrat wird mit dem Vollzug dieses Gesetzes beauftragt. Er bestimmt den Zeitpunkt des Inkrafttretens. [3)]

[3)] Datum des Inkrafttretens: 1. Januar 1993 (StRB 10.02.1992).

Änderungstabelle – Nach Beschlussdatum

Beschluss	Berührtes Element	Änderungstyp	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
24.09.1991	Erlass	Grunderlass	01.01.1993	BL/AGS 1991 f 429 / d 435
09.02.1996	Erlasstitel	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Ingress	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 4	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 5	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 8	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 9	aufgehoben	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 10	aufgehoben	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 11	aufgehoben	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 13	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 14	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 15	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 18	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 19	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 20	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 21	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 22	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 23	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 25	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 27	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 28	aufgehoben	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 31	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 34	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 37	aufgehoben	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 39	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 42	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 46	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 48	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 49	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 49bis	eingefügt	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 51	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 54	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 55	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 57	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 58	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 62	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 63	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 64	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 65	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 66	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 67	aufgehoben	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 68	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 69	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
09.02.1996	Art. 70	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
18.09.1997	Art. 72	geändert	01.12.1998	BL/AGS 1997 f 376 / d 383
11.05.1999	Art. 5	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144
11.05.1999	Art. 8	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144
11.05.1999	Art. 39	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144
11.05.1999	Art. 44	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144
11.05.1999	Art. 46a	eingefügt	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144

Beschluss	Berührtes Element	Änderungstyp	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
11.05.1999	Art. 48	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144
11.05.1999	Art. 49	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144
11.05.1999	Art. 65	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144
10.02.2000	Art. 33	geändert	01.07.2000	BL/AGS 2000 f 44 / d 47
10.02.2000	Art. 34	geändert	01.07.2000	BL/AGS 2000 f 44 / d 47
19.09.2002	Art. 5	geändert	01.06.2002	2002_093
19.09.2002	Art. 6	geändert	01.06.2002	2002_093
19.09.2002	Art. 27	geändert	01.06.2002	2002_093
19.09.2002	Art. 32	geändert	01.06.2002	2002_093
19.09.2002	Art. 33	aufgehoben	01.06.2002	2002_093
14.11.2002	Art. 5	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 6	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 6	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 7	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 12	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 13	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 32	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 44	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 45	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 46a	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 49	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 49	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 58	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 60	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 70	geändert	01.01.2003	2002_120
17.03.2006	Art. 2	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 3	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 5	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 14	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 15	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 16	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 17	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 20	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 21	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 22	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 24a	eingefügt	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 27	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 30	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 31	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 36	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 42	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 45	geändert	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 53a	eingefügt	01.07.2006	2006_023
17.03.2006	Art. 55	geändert	01.07.2006	2006_023
26.06.2006	Art. 27	geändert	01.01.2007	2006_058
26.06.2006	Art. 34	geändert	01.01.2007	2006_058
26.06.2006	Art. 35	geändert	01.01.2007	2006_058
06.10.2006	Art. 71	geändert	01.01.2007	2006_120
17.03.2010	Art. 14	geändert	01.01.2011	2010_045
17.03.2010	Art. 24b	eingefügt	01.01.2011	2010_045
17.03.2010	Art. 30	geändert	01.01.2011	2010_045
17.03.2010	Art. 31	geändert	01.01.2011	2010_045

Beschluss	Berührtes Element	Änderungstyp	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
17.03.2010	Art. 42	geändert	01.01.2011	2010_045
17.03.2010	Art. 55	geändert	01.01.2011	2010_045
31.05.2010	Art. 72	geändert	01.01.2011	2010_066
10.10.2012	Erlasstitel	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 1	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 2	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 3	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 4	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 5	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 6	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 7	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 8	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 9	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 10	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 14	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 16	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 18	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 29	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 30	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 31	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 36	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 38	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 39	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 42	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 46	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 48	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 49	aufgehoben	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 49bis	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 50	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 51	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 53	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 55	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Abschnitt 3	aufgehoben	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 61	aufgehoben	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 62	aufgehoben	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 63	aufgehoben	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 64	aufgehoben	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 65	aufgehoben	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 66	aufgehoben	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 68	aufgehoben	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 69	aufgehoben	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 70	aufgehoben	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 71	geändert	01.01.2013	2012_096
10.10.2012	Art. 73-76	aufgehoben	01.01.2013	2012_096
04.11.2016	Art. 2	geändert	01.01.2017	2016_144
04.11.2016	Art. 3	geändert	01.01.2017	2016_144
04.11.2016	Art. 14	geändert	01.01.2017	2016_144
04.11.2016	Art. 21	geändert	01.01.2017	2016_144
04.11.2016	Art. 24c	eingefügt	01.01.2017	2016_144
04.11.2016	Art. 25	geändert	01.01.2017	2016_144
04.11.2016	Art. 30	geändert	01.01.2017	2016_144
04.11.2016	Art. 31	geändert	01.01.2017	2016_144

Beschluss	Berührtes Element	Änderungstyp	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
04.11.2016	Abschnitt 2.2.3	geändert	01.01.2017	2016_144
04.11.2016	Art. 36	geändert	01.01.2017	2016_144
04.11.2016	Art. 42	geändert	01.01.2017	2016_144
04.11.2016	Art. 46	geändert	01.01.2017	2016_144
22.06.2017	Art. 12	geändert	01.07.2017	2017_057
05.02.2020	Art. 10a	eingefügt	01.07.2020	2020_016
05.02.2020	Art. 14 Abs. 1, F	geändert	01.07.2020	2020_016
05.02.2020	Art. 16 Abs. 1	geändert	01.07.2020	2020_016
05.02.2020	Art. 16 Abs. 2	geändert	01.07.2020	2020_016
05.02.2020	Art. 18 Abs. 1	geändert	01.07.2020	2020_016
05.02.2020	Art. 20 Abs. 1	geändert	01.07.2020	2020_016
05.02.2020	Art. 20 Abs. 2	geändert	01.07.2020	2020_016
05.02.2020	Art. 46 Abs. 1bis	geändert	01.07.2020	2020_016
05.02.2020	Art. 46 Abs. 2	geändert	01.07.2020	2020_016
05.02.2020	Art. 46 Abs. 6	geändert	01.07.2020	2020_016
05.02.2020	Art. 48 Abs. 1a	eingefügt	01.07.2020	2020_016
05.02.2020	Art. 51 Abs. 3	aufgehoben	01.07.2020	2020_016

Änderungstabelle – Nach Artikel

Berührtes Element	Änderungstyp	Beschluss	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
Erlass	Grunderlass	24.09.1991	01.01.1993	BL/AGS 1991 f 429 / d 435
Erlasstitel	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Erlasstitel	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Ingress	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 1	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 2	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 2	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 2	geändert	04.11.2016	01.01.2017	2016_144
Art. 3	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 3	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 3	geändert	04.11.2016	01.01.2017	2016_144
Art. 4	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 4	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 5	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 5	geändert	11.05.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144
Art. 5	geändert	19.09.2002	01.06.2002	2002_093
Art. 5	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 5	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 5	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 6	geändert	19.09.2002	01.06.2002	2002_093
Art. 6	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 6	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 6	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 7	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 7	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 8	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 8	geändert	11.05.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144
Art. 8	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096

Berührtes Element	Änderungstyp	Beschluss	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
Art. 9	aufgehoben	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 9	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 10	aufgehoben	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 10	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 10a	eingefügt	05.02.2020	01.07.2020	2020_016
Art. 11	aufgehoben	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 12	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 12	geändert	22.06.2017	01.07.2017	2017_057
Art. 13	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 13	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 14	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 14	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 14	geändert	17.03.2010	01.01.2011	2010_045
Art. 14	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 14	geändert	04.11.2016	01.01.2017	2016_144
Art. 14 Abs. 1, F	geändert	05.02.2020	01.07.2020	2020_016
Art. 15	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 15	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 16	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 16	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 16 Abs. 1	geändert	05.02.2020	01.07.2020	2020_016
Art. 16 Abs. 2	geändert	05.02.2020	01.07.2020	2020_016
Art. 17	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 18	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 18	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 18 Abs. 1	geändert	05.02.2020	01.07.2020	2020_016
Art. 19	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 20	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 20	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 20 Abs. 1	geändert	05.02.2020	01.07.2020	2020_016
Art. 20 Abs. 2	geändert	05.02.2020	01.07.2020	2020_016
Art. 21	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 21	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 21	geändert	04.11.2016	01.01.2017	2016_144
Art. 22	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 22	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 23	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 24a	eingefügt	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 24b	eingefügt	17.03.2010	01.01.2011	2010_045
Art. 24c	eingefügt	04.11.2016	01.01.2017	2016_144
Art. 25	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 25	geändert	04.11.2016	01.01.2017	2016_144
Art. 27	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 27	geändert	19.09.2002	01.06.2002	2002_093
Art. 27	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 27	geändert	26.06.2006	01.01.2007	2006_058
Art. 28	aufgehoben	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 29	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 30	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 30	geändert	17.03.2010	01.01.2011	2010_045
Art. 30	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 30	geändert	04.11.2016	01.01.2017	2016_144

Berührtes Element	Änderungstyp	Beschluss	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
Art. 31	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 31	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 31	geändert	17.03.2010	01.01.2011	2010_045
Art. 31	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 31	geändert	04.11.2016	01.01.2017	2016_144
Art. 32	geändert	19.09.2002	01.06.2002	2002_093
Art. 32	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 33	geändert	10.02.2000	01.07.2000	BL/AGS 2000 f 44 / d 47
Art. 33	aufgehoben	19.09.2002	01.06.2002	2002_093
Art. 34	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 34	geändert	10.02.2000	01.07.2000	BL/AGS 2000 f 44 / d 47
Art. 34	geändert	26.06.2006	01.01.2007	2006_058
Art. 35	geändert	26.06.2006	01.01.2007	2006_058
Abschnitt 2.2.3	geändert	04.11.2016	01.01.2017	2016_144
Art. 36	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 36	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 36	geändert	04.11.2016	01.01.2017	2016_144
Art. 37	aufgehoben	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 38	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 39	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 39	geändert	11.05.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144
Art. 39	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 42	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 42	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 42	geändert	17.03.2010	01.01.2011	2010_045
Art. 42	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 42	geändert	04.11.2016	01.01.2017	2016_144
Art. 44	geändert	11.05.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144
Art. 44	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 45	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 45	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 46	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 46	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 46	geändert	04.11.2016	01.01.2017	2016_144
Art. 46 Abs. 1bis	geändert	05.02.2020	01.07.2020	2020_016
Art. 46 Abs. 2	geändert	05.02.2020	01.07.2020	2020_016
Art. 46 Abs. 6	geändert	05.02.2020	01.07.2020	2020_016
Art. 46a	eingefügt	11.05.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144
Art. 46a	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 48	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 48	geändert	11.05.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144
Art. 48	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 48 Abs. 1a	eingefügt	05.02.2020	01.07.2020	2020_016
Art. 49	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 49	geändert	11.05.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144
Art. 49	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 49	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 49	aufgehoben	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 49bis	eingefügt	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 49bis	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 50	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 51	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84

Berührtes Element	Änderungstyp	Beschluss	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
Art. 51	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 51 Abs. 3	aufgehoben	05.02.2020	01.07.2020	2020_016
Art. 53	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 53a	eingefügt	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 54	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 55	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 55	geändert	17.03.2006	01.07.2006	2006_023
Art. 55	geändert	17.03.2010	01.01.2011	2010_045
Art. 55	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 57	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 58	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 58	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 60	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Abschnitt 3	aufgehoben	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 61	aufgehoben	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 62	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 62	aufgehoben	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 63	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 63	aufgehoben	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 64	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 64	aufgehoben	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 65	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 65	geändert	11.05.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 141 / d 144
Art. 65	aufgehoben	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 66	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 66	aufgehoben	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 67	aufgehoben	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 68	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 68	aufgehoben	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 69	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 69	aufgehoben	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 70	geändert	09.02.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 83 / d 84
Art. 70	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 70	aufgehoben	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 71	geändert	06.10.2006	01.01.2007	2006_120
Art. 71	geändert	10.10.2012	01.01.2013	2012_096
Art. 72	geändert	18.09.1997	01.12.1998	BL/AGS 1997 f 376 / d 383
Art. 72	geändert	31.05.2010	01.01.2011	2010_066
Art. 73-76	aufgehoben	10.10.2012	01.01.2013	2012_096

Reglement über die öffentlichen Gaststätten (ÖGR)

vom 16.11.1992 (Fassung in Kraft getreten am 01.02.2022)

Der Staatsrat des Kantons Freiburg

gestützt auf das Gesetz vom 24. September 1991 über die öffentlichen Gaststätten und den Tanz (GTG);

auf Antrag der Justiz-, Polizei- und Militärdirektion,

beschliesst:

1 Begriffe (Art. 14-21 ÖGG)

Art. 1 Öffentliche Gaststätte

[1] Eine öffentliche Gaststätte ist ein Betrieb, der einer unbestimmten Anzahl von Personen gegen Entgelt Unterkunft oder Speisen oder Getränke, die an Ort und Stelle konsumiert werden können, anbietet.

Art. 2 Hotelbetrieb (Patent A)

[1] Der Hotelbetrieb ist eine öffentliche Gaststätte, die über Einzel- oder Doppelzimmer und eine Infrastruktur verfügen muss, die es dem Betriebsführer ermöglicht, Dienstleistungen für den Empfang und die Bedienung der Kundschaft zu gewährleisten, die mindestens das Frühstück einschliessen.

Art. 3 Betrieb mit oder ohne Alkohol (Patent B oder C)

[1] Die Kategorien der öffentlichen Gaststätten mit oder ohne Alkohol umfassen mehrere Arten von Betrieben. Sie werden je nach der zur Verfügung stehenden Infrastruktur und den der Kundschaft angebotenen Leistungen unterschiedlich bezeichnet.

[2] Zu diesen Kategorien gehören insbesondere folgende Arten:

a) Betriebe, in denen ausschliesslich Getränke angeboten werden wie Cafés oder Pubs;

b) Betriebe wie Café-Restaurants, in denen Speisen und Getränke angeboten werden;

c) Betriebe wie Tea-Rooms, in denen Backwaren, Feingebäck, Konfekt, Eiswaren sowie Getränke angeboten werden;

d) Betriebe, in denen die Konsumation von Speisen und Getränken im Vergleich zum Verkauf dieser Produkte zum Mitnehmen eine untergeordnete Rolle spielt, wie Snackbars, Croissanterien oder Crêperien, unter Vorbehalt der Fälle nach Artikel 3c.

[3] Die Art des Betriebes und die damit verbundenen Rechte werden im Patent festgelegt.

Art. 3a …

Art. 3b Betrieb mit durchgehender Restauration (Patent F)

[1] Ein Betrieb mit durchgehender Restauration muss Leistungen in Form von Speisen und Getränken sowohl für den Konsum vor Ort als auch mit einem Konzept für den Verkauf zum Mitnehmen anbieten.

Art. 3c Betrieb, der einem Lebensmittelgeschäft angegliedert ist (Patent G)

[1] Der Betrieb, der einem Lebensmittelgeschäft angegliedert ist, darf nicht über mehr als zwölf Sitzplätze verfügen.

[2] Der Nebenbetrieb einer Terrasse oder das Aufstellen von jeglichem Mobiliar zum Zweck der Förderung des Konsums ausserhalb der Gaststätte ist verboten.

[3] Eine allfällige Bewilligung für nächtliche Öffnungszeiten darf von der Gemeindebehörde nur erteilt werden, wenn vorgängig eine Baubewilligung für eine Nutzungsänderung erteilt wurde.

Art. 3d Fahrende Küche (Patent V)

[1] Fahrzeuge oder Anhänger, ab denen zubereitete oder weiterverarbeitete Speisen zum Mitnehmen verkauft werden, dürfen über kein zusätzliches Mobiliar für den Konsum vor Ort verfügen.

2 Hotellerie- und Restaurationsgewerbe

2.1 Verfahren für das Patentgesuch (Art. 25-27 ÖGG)

Art. 4 Patentgesuch für einen neuen Betrieb

[1] Das Patentgesuch für eine neue öffentliche Gaststätte ist schriftlich an das Amt für Gewerbepolizei (das Amt) zu richten; folgende Unterlagen und Auskünfte sind beizulegen:

a) ein Plan, auf dem der Standort des geplanten Betriebes festgestellt werden kann, mit Angabe der Artikelnummer im Grundbuch;

b) Baupläne, die vorgängig vom Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen visiert werden, mit einer Beschreibung aller der Öffentlichkeit zugänglichen Räumlichkeiten, einschliesslich der Terrassen und der sanitären Installationen, sowie der Standorte der Ausgänge, der Hinweisschilder und der Feuerlöscher;

c) der Name des Betriebes;

d) ein Auszug aus dem Grundbuch oder aus dem Kaufvertrag, der bescheinigt, dass der Gesuchsteller Eigentümer ist, oder die schriftliche Zustimmung des Eigentümers;

e) ein den Gesuchsteller betreffender Strafregisterauszug;

f) für Gesuchsteller aus Ländern, die weder der Europäischen Union noch der Europäischen Freihandelsassoziation angehören: eine Aufenthaltsbewilligung;

g) eine Bestätigung des Friedensgerichts, dass der Gesuchsteller nicht handlungsunfähig ist;

h) eine Wohnsitzbestätigung;

i) eine Erklärung des Betreibungs- und des Konkursamtes der Wohngemeinden der letzten fünf Jahre, worin bestätigt wird, dass gegen den Gesuchsteller keine Verlustscheine bestehen;

j) ein Lebenslauf;

k) …

l) in den gesetzlich vorgeschriebenen Fällen ein Fähigkeitsausweis für Betriebsführer öffentlicher Gaststätten, ein gleichwertiges Dokument oder gegebenenfalls eine Bescheinigung über die Art und Dauer der Tätigkeit, die über die erworbene berufliche Erfahrung Auskunft gibt.

[2] Die ausländischen Gesuchsteller müssen anstelle der in Absatz 1 Bst. e, g, i und l aufgezählten Unterlagen die durch die zuständige Behörde ihres Heimatstaates ausgestellten, als gleichwertig anerkannten Dokumente oder notwendigen Bescheinigungen einreichen.

[3] Die Unterlagen nach Absatz 1 Bst. d, e, g, h, i und l dürfen bei ihrer Einreichung nicht älter als drei Monate sein.

[4] Ist die in Absatz 1 Bst. l aufgeführte berufliche Voraussetzung nicht von vornherein erfüllt, so muss der Gesuchsteller die obligatorische Ausbildung im Rahmen des nächsten Kurses, der nach der Erteilung des Patentes durchgeführt wird, nachholen. Wird der Gesuchsteller zum Kurs zugelassen und liegt eine entsprechende Bestätigung vor, so wird ihm ein provisorisches Patent erteilt, das höchstens zwölf Monate lang gültig ist.

[5] Wird das Patent gemäss Artikel 26 des Gesetzes im Auftrag einer juristischen Person einem verantwortlichen Betriebsleiter erteilt, so sind dem Patentgesuch folgende Dokumente und Auskünfte beizulegen:

a) ein Handelsregisterauszug;

b) ein Auszug des Betreibungsamtes und des Konkursamtes des Sitzes oder der Sitze der juristischen Person für die letzten fünf Jahre;

c) anstelle der Nachweise gemäss Absatz 1 Bst. d ein Auszug aus dem Grundbuch oder aus dem Kaufvertrag, der bescheinigt, dass die juristische Person Eigentümerin ist, oder die schriftliche Zustimmung des Eigentümers.

Art. 5 Patentgesuch für einen im Umbau befindlichen Betrieb

[1] Ist das Aufnahmevermögen der der Öffentlichkeit zugänglichen Räumlichkeiten vom Umbau eines Betriebes betroffen, so ist das Patentgesuch zusammen mit den Unterlagen nach Artikel 4 Abs. 1 Bst. b und d schriftlich an das Amt zu richten.

Art. 6 Patentgesuch für die Übernahme eines laufenden Betriebs

[1] Bei der Übernahme eines laufenden Betriebes ist das Gesuch zusammen mit den Unterlagen und Auskünften nach Artikel 4 Abs. 1 Bst. d-l schriftlich an das Amt zu richten.

Art. 7 Patentgesuch für eine zeitweilige Veranstaltung

[1] Das Patentgesuch für eine zeitweilige Veranstaltung ist schriftlich an den Oberamtmann zu richten; folgende Auskünfte sind beizulegen:

a) der genaue Standort und das Aufnahmevermögen der Veranstaltung;

b) die Art, das Datum und die Dauer der Veranstaltung;

c) der Name und die Adresse der verantwortlichen Person.

[2] Wenn die Umstände es rechtfertigen, kann der Oberamtmann zusätzliche Auskünfte oder Dokumente anfordern; er kann insbesondere die Ausarbeitung eines Betriebskonzepts verlangen, das die Bereiche Gesundheit, Sicherheit, Lebensmittelsicherheit, Transport und Jugendschutz abdeckt.

Art. 7a Patentgesuch für eine Bar, die einem Prostitutions-Lokal angegliedert ist

[1] Das Patentgesuch für eine Bar, die einem Prostitutions-Lokal angegliedert ist, ist schriftlich an das Amt zu richten; eine Kopie der Bewilligung für den Betrieb des Prostitutions-Lokals und der Unterlagen und Auskünfte nach Artikel 3 Abs. 1 Bst. f-k der Verordnung vom 23. November 2010 über die Ausübung der Prostitution sind beizulegen.

Art. 7b Patentgesuch für eine fahrende Küche

[1] Das Patentgesuch für den Betrieb einer fahrenden Küche muss schriftlich an das Amt gerichtet werden; es sind die Dokumente und Auskünfte nach Artikel 4 Abs. 1 Bst. c und e-l beizulegen.

[2] Wenn der Gesuchsteller nicht selbst Eigentümer der mobilen Einrichtung oder der allfälligen zusätzlichen Räumlichkeiten ist, muss er auch die schriftliche Zustimmung des Eigentümers beilegen.

Art. 8 Patent B+

[1] Dem Patentgesuch B+ ist eine Beschreibung des Betriebskonzepts beizulegen, die folgende Elemente genauer bestimmt:

a) die Zielkundschaft;

b) die vorgesehenen Veranstaltungen (Verbreitung von Musik, Übertragung von Sportereignissen oder kulturellen Veranstaltungen auf einer Leinwand, Veranstaltungen musikalischer Art wie Konzerte, Karaoke, DJ);

c) die Massnahmen, mit denen Belästigungen (Lärm, Abfall usw.) vermieden werden sollen.

Art. 9 Erstellung des Dossiers

[1] Das Amt kontrolliert die eingereichten Unterlagen und Auskünfte und erstellt das für die Prüfung des Gesuches erforderliche Dossier.

[2] Auf Verlangen der Entscheidbehörde kann es weitere Auskünfte einholen.

Art. 10 Fristen

[1] Bevor ein Patentgesuch für eine neue öffentliche Gaststätte oder für den Umbau eines bestehenden Betriebes sowie ein Folgegesuch für ein Patent B+ gestellt werden kann, muss ein Baugesuch eingereicht werden. Um die Koordination der Verfahren zu gewährleisten, wird die Einhaltung der Bedingungen, die von den für die Anwendung des Raumplanungs- und Baugesetzes zuständigen Behörden aufgestellt werden, im Entscheid über die Patenterteilung ausdrücklich vorbehalten.

[2] Wird ein laufender Betrieb übernommen, so muss das Patentgesuch spätestens sechzig Tage vor der Betriebsaufnahme gestellt werden.

[3] Das Patentgesuch für eine zeitweilige Veranstaltung muss spätestens 60 Tage vor deren Beginn eingereicht werden. Für Veranstaltungen von geringer Grösse kann die Frist verringert werden.

[4] Das Patentgesuch für eine fahrende Küche muss spätestens 60 Tage, bevor der Gesuchsteller seine Tätigkeit aufnimmt, eingereicht werden. Die Frist, die für die Einholung der zusätzlichen Bewilligungen für die Benutzung des öffentlichen oder privaten Grundes nötig ist, bleibt vorbehalten. Dies gilt auch für den Abschluss des Baubewilligungsverfahrens, das für das dauerhafte oder regelmässige Abstellen der mobilen Einrichtung an einem Ort oder für den Betrieb allfälliger zusätzlicher Lager- oder Produktionsräumlichkeiten obligatorisch ist.

Art. 11 …

Art. 12 …

2.2 Prüfung des Gesuchs

Art. 13 Neuer Betrieb

[1] Für jedes Gesuch um ein Patent für den Betrieb einer neuen öffentlichen Gaststätte holt das Amt bei den folgenden Behörden eine Stellungnahme ein:

a) bei der Gemeindebehörde und beim Oberamt;

b) beim Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen / Kantonschemiker;

c) beim Bau- und Raumplanungsamt;

d) beim kantonalen Feuerinspektorat;

e) beim Amt für Umwelt.

[2] Es holt ausserdem die Stellungnahme ein:

a) des Freiburger Tourismusverbandes: für Hotels oder hotelähnliche Betriebe;

b) des Tiefbauamts, wenn die Umstände es rechtfertigen.

Art. 14 Fahrende Küche

[1] Für das Patentgesuch für die Inbetriebnahme einer fahrenden Küche braucht es die Stellungnahme des Amts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen, durch den Kantonschemiker, und des Amts für Umwelt.

[2] Um die Koordination mit den Gesuchen um ein Patent K für eine temporäre Veranstaltung mit fahrenden Küchen sicherzustellen, übermittelt das Amt das Gesuch an die Oberamtsbehörden.

[3] Beinhaltet das Gesuch auch den Betrieb zusätzlicher Räumlichkeiten, so sind die Stellungnahmen nach Artikel 13 Abs. 1 erforderlich.

Art. 15 Im Umbau befindlicher Betrieb

[1] Für das Patentgesuch für den Umbau einer bestehenden öffentlichen Gaststätte werden die in Artikel 13 aufgezählten Stellungnahmen eingeholt.

Art. 16 Übernahme eines laufenden Betriebs

[1] Für das Patentgesuch für die Übernahme eines laufenden Betriebes werden die Stellungnahmen der Gemeindebehörde und des Oberamtes eingeholt.

[2] Wenn die Umstände es rechtfertigen, werden auch das Amt für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen / Kantonschemiker, das Amt für Umwelt und der Freiburger Tourismusverband befragt.

Art. 17 Zeitweilige Veranstaltung

[1] Für das Patentgesuch für eine zeitweilige Veranstaltung wird die Stellungnahme der Gemeindebehörde eingeholt.

[2] Bevor der Oberamtmann das Patent erteilt, vergewissert er sich, dass in Anbetracht der Grösse der Veranstaltung und der angebotenen Leistungen alle Massnahmen getroffen worden sind, die in den Bereichen der öffentlichen Ordnung und Sicherheit, der Lebensmittelsicherheit, des Jugendschutzes, der sanitären Installationen, des Umweltschutzes und der Feuerpolizei notwendig sind.

Art. 18 Patent B+

[1] Das Patentgesuch B+ wird der Gemeindebehörde, der Kantonspolizei, dem Amt für Umwelt und dem Amt für Gewerbepolizei zur Stellungnahme unterbreitet.

2.3 Fachkenntnisse (Art. 31-35 ÖGG)

2.3.1 Ausbildung

Art. 19 …

Art. 20 …

Art. 21 Kurs

[1] Wer die Prüfung zur Erlangung des Fähigkeitsausweises ablegen will, muss vorgängig den vom Wirteverein des Kantons Freiburg (Gastro-Freiburg) in Zusammenarbeit mit dem Amt organisierten obligatorischen Fachkurs besucht haben.

[2] Der Kurs wird in den beiden Amtssprachen des Kantons erteilt. Um die Kenntnisse einer der beiden Sprachen zu überprüfen, kann dem Kandidaten ein Test auferlegt werden.

Art. 22 Befreiung vom Kurs aufgrund von Fähigkeitsausweisen oder Diplomen

[1] Vom Kurs gemäss Artikel 29 teilweise befreit ist, wer:

a) einen von einem anderen Kanton ausgestellten Fähigkeitsausweis für die Leitung eines Gastgewerbe- oder Hotelbetriebes besitzt;

b) Inhaber des Diploms einer Hotelfachschule, des eidgenössischen Wirtediploms oder des Gastronomie-Betriebsleiterdiploms ist;

c) die eidgenössische Meisterprüfung als Küchenchef oder Oberkellner abgelegt hat;

d) …

e) …

[2] …

[3] Das Amt kann, in Berücksichtigung bereits früher erworbener Fähigkeitsausweise und Diplome, weitere Gründe für eine teilweise Befreiung vom Kurs vorsehen.

Art. 22a Befreiung vom Kurs aufgrund erworbener Berufserfahrung

[1] Vom Kurs gemäss Artikel 29 teilweise befreit ist, wer bereits eine Tätigkeit im Hotel- oder Gastgewerbe ausgeübt hat. Es gelten folgende Voraussetzungen:

a) ununterbrochene dreijährige Tätigkeit als Selbständiger oder als Betriebsleiter. Die betreffende Tätigkeit darf nicht länger als zehn Jahre vor Einreichung des Patentgesuches beendet worden sein;

b) ununterbrochene zweijährige Tätigkeit als Selbständiger oder als Betriebsleiter, wenn der Begünstigte für die betreffende Tätigkeit eine vorherige Ausbildung nachweist, die durch ein vom Kanton oder von einem Staat anerkanntes Zeugnis bestätigt oder von einer zuständigen Berufs- oder Handelsinstitution als vollwertig anerkannt ist;

c) ununterbrochene zweijährige Tätigkeit als Selbständiger oder als Betriebsleiter, wenn der Begünstigte für die betreffende Tätigkeit eine mindestens dreijährige Tätigkeit als Unselbständiger nachweist. Die betreffende Tätigkeit darf nicht länger als zehn Jahre vor Einreichung des Patentgesuches beendet worden sein;

d) ununterbrochene dreijährige Tätigkeit als Unselbständiger, wenn der Begünstigte für die betreffende Tätigkeit eine vorherige Ausbildung nachweist, die durch ein vom Kanton oder von einem Staat anerkanntes Zeugnis bestätigt oder von einer zuständigen Berufs- oder Handelsinstitution als vollwertig anerkannt ist.

[2] Als eine Person, die eine Tätigkeit als Betriebsleiter im Sinne von Absatz 1 ausgeübt hat, wird angesehen, wer in einem Unternehmen des entsprechenden Betriebszweiges tätig war:

a) als Leiter des Unternehmens oder einer Zweigniederlassung oder

b) als Stellvertreter des Unternehmers oder des Leiters des Unternehmens, wenn mit dieser Stellung eine Verantwortung verbunden ist, die derjenigen des vertretenen Unternehmers oder Leiters entspricht, oder

c) in leitender Stellung mit kaufmännischen und/oder technischen Aufgaben und mit der Verantwortung für eine oder mehrere Abteilungen des Unternehmens.

Art. 23 Einschreibung

[1] Wer am Kurs teilnehmen will, muss sich mit dem offiziellen Formular beim Amt einschreiben und die in Artikel 4 Abs. 1 Bst. e-j aufgezählten Unterlagen und Auskünfte beibringen.

[2] …

Art. 24 Aufnahme

[1] Das Amt überprüft das Dossier jedes Kandidaten und entscheidet über seine Aufnahme.

[2] Es teilt dem Kandidaten seinen Entscheid mit und informiert Gastro-Freiburg.

Art. 25 Anzahl der Kurse

[1] Die Anzahl der jährlich durchgeführten Kurse wird in Zusammenarbeit mit dem Amt je nach Anzahl der Einschreibungen bestimmt.

Art. 26 Gebühren

[1] Die Einschreibegebühr unterliegt der Zustimmung des Amts und wird je nach Kurs festgesetzt.

[2] Der Kandidat muss sie vor Beginn des Kurses entrichten.

[3] Zieht sich ein Kandidat aus entschuldbaren Gründen wie Krankheit oder Unfall, für die eine ärztliche Bestätigung vorliegt, oder aufgrund eines Todesfalls einer nahestehenden Person vom Kurs zurück, so wird ihm die Einschreibegebühr nach Abzug der aufgelaufenen Kosten zurückerstattet.

Art. 27 Absenzen

[1] Der Kandidat ist zur Teilnahme am Kurs verpflichtet.

[2] Bei voraussehbarer Abwesenheit ist Gastro-Freiburg ein begründetes Urlaubsgesuch zu unterbreiten, das dieser bewilligt, wenn triftige Gründe vorliegen.

[3] Der Kandidat muss sich ein ärztliches Zeugnis ausstellen lassen, wenn er wegen Krankheit oder Unfall länger als einen Tag abwesend ist.

[4] Bei einer längeren Abwesenheit ohne triftigen Grund erstellt Gastro-Freiburg einen Bericht zuhanden des Amtes. Dieses entscheidet über einen Ausschluss.

Art. 28 Programm der obligatorischen Ausbildung

[1] Das Programm der obligatorischen Ausbildung wird im Einvernehmen mit dem Amt festgelegt und umfasst folgende Themen:

a) Bewilligungssystem
   1. Gesetzgebung über die öffentlichen Gaststätten;

b) Lebensmittelsicherheit
   1. Küchenorganisation;
   2. Lebensmittel;
   3. Kochmethoden;
   4. Lebensmittelhygiene und -mikrobiologie;

c) Prävention
   1. Kenntnis der Getränke;
   2. Bundesgesetzgebung über den Alkohol;
   3. Vorbeugung von Alkohol- und Suchtmittelmissbrauch;
   4. Alkohol am Steuer;
   5. Brandprävention;

6. Sicherheit am Arbeitsplatz;

d) Unternehmensführung

1. Grundlagen der Buchhaltung;
2. Arbeitsrecht;
3. Lohnabrechnungen und Sozialversicherungen;
4. Fremdenpolizei;
5. Schwarzarbeit.

Art. 29 Teilausbildungsprogramm

[1] In den Fällen nach Artikel 22 Abs. 1 Bst. a-c muss der Kandidat einen Kurs zum Bewilligungssystem besuchen.

[2] In den Fällen nach Artikel 22a muss der Kandidat einen Kurs zum Bewilligungssystem, über die Lebensmittelsicherheit, die Sicherheit am Arbeitsplatz, das Arbeitsrecht, die Lohnabrechnungen und die Sozialversicherungen besuchen.

[3] Das Amt bestimmt das Kursprogramm, das von den Personen nach Artikel 22 Abs. 3 besucht werden muss.

[4] In den Fällen nach Artikel 31 Abs. 3 des Gesetzes muss der Kandidat, der ein Patent G, T oder V erlangen möchte, einen Kurs über das Bewilligungssystem, die Lebensmittelsicherheit, die Sicherheit am Arbeitsplatz, das Arbeitsrecht, die Schwarzarbeit, die Lohnabrechnungen und die Sozialversicherungen besuchen; wer ein Patent U erlangen möchte, muss einen Kurs zum Bewilligungssystem, über die Lebensmittelsicherheit und die Sicherheit am Arbeitsplatz besuchen.

2.3.2 Prüfung

Art. 30 Session

[1] Die Fachprüfungskommission (die Kommission) organisiert die Prüfungen nach der Ausbildung und sorgt für deren ordnungsgemässen Ablauf.

Art. 31 Prüfungsstoff

[1] Die Prüfung umfasst das Ausbildungsprogramm, das der Kandidat nach den Artikeln 28 und 29 belegen musste.

[2] Der Prüfungsstoff kann auf mehrere Prüfungen aufgeteilt werden.

Art. 32 Anmeldung

[1] Der Kandidat, der regelmässig am Kurs teilnimmt, wird von Amtes wegen zur Prüfung angemeldet.

[2] …

Art. 33 Gebühren

[1] Die Prüfungsgebühr beträgt je nach Ausbildungsprogramm 100 bis 800 Franken.

[2] Das Amt setzt für jeden Kandidaten die Gebühren fest. Diese sind im Voraus zu entrichten und können nicht zurückgefordert werden.

Art. 34 Aufgebot

[1] Die Prüfungskommission setzt das Prüfungsdatum fest und bietet die Kandidaten auf.

[2] Im Aufgebot werden für jede Einzelprüfung Ort, Datum und Zeitpunkt der Prüfung sowie die zugelassenen Unterlagen und Lehrbücher angegeben.

Art. 35 Experten

[1] Vor jeder Session bezeichnet das Amt auf Vorschlag der Prüfungskommission die Experten.

[2] Für jedes Fach innerhalb einer Einzelprüfung wird ein Experte bestimmt. In der Regel handelt es sich um die Person, unter deren Leitung der entsprechende Kurs durchgeführt wurde.

[3] Die Experten werden nach den gleichen Bestimmungen entschädigt wie die Mitglieder staatlicher Kommissionen.

Art. 36 Prüfungsart

[1] Jedes Kursfach bildet Gegenstand einer schriftlichen Prüfung.

Art. 37 Noten

[1] Die Kenntnisse des Kandidaten werden gemäss folgender Skala benotet:

Leistungen	Bewertung	Note
a) In qualitativer und quantitativer Hinsicht überdurchschnittlich	hervorragend	6
b) Bis auf wenige Einzelheiten richtig und vollständig, für die Höchstnote aber nicht ganz ausreichend	sehr gut	5,5
c) Den Zielvorgaben entsprechend, mit unbedeutenden Fehlern	gut	5

Leistungen	Bewertung	Note
d) Befriedigend, doch mit einigen Fehlern und kleineren Lücken	befriedigend	4,5
e) Entspricht gerade noch den Mindestanforderungen, die ein Betriebsführer einer Gaststätte erfüllen muss	genügend	4
f) Fehler und Lücken, entspricht den Mindestanforderungen nicht mehr	ungenügend	3,5
g) Bedeutende Fehler und Lücken	schwach	3
	sehr schwach	2,5
h) Schwere Fehler, unvollständig beantwortet	schlecht	2
	sehr schlecht	1,5
i) Wertlos oder überhaupt keine Antworten	unbrauchbar	1

Art. 38 Ergebnisse

[1] Nach Abschluss der Prüfungen übergeben die Experten der Prüfungskommission für jeden Kandidaten die Ergebnisse zusammen mit einem unterzeichneten Protokoll.

[2] Die Prüfungskommission beschliesst diese Ergebnisse und teilt sie unter Erwähnung der für jede Prüfung erhaltenen Note den Kandidaten mit.

[3] …

Art. 39 Bestandene Prüfung

[1] Die Prüfung ist bestanden, wenn der Kandidat mindestens die Note 4,0 erreicht.

[2] Die Prüfung ist bestanden, wenn der Kandidat sämtliche Einzelprüfungen bestanden hat.

[3] Hat der Kandidat die Prüfung bestanden, so erhält er einen Ausweis oder eine Bestätigung im Sinne von Artikel 44.

Art. 40 …

Art. 41 …

Art. 42 Wiederholung

[1] Hat der Kandidat eine Einzelprüfung nicht bestanden, so kann er diese höchstens zweimal in einem Zeitraum von einem Jahr wiederholen.

Art. 43 …

Art. 44 Fähigkeitsausweis

[1] Hat der Kandidat die Prüfung über das Programm der obligatorischen Ausbildung nach Artikel 28 bestanden, so händigt ihm die Sicherheits-, Justiz- und Sportdirektion einen Fähigkeitsausweis aus.

[2] In den Fällen nach Artikel 29 erhält der Kandidat eine dem Fähigkeitsausweis im Sinne von Artikel 31 des Gesetzes gleichgestellte Bestätigung.

[2bis] …

[3] Die Fähigkeitsausweise und die Bestätigungen werden den Betroffenen kostenlos ausgehändigt.

2.4 Räumlichkeiten und mobile Einrichtungen (Art. 36 ÖGG)

Art. 45 Baupolizei

[1] Das Bau- und Raumplanungsamt überprüft von Fall zu Fall und je nach Art des Patentes, ob das Aufnahmevermögen der öffentlich zugänglichen Räumlichkeiten und die sanitären Installationen der Spezialgesetzgebung auf dem Gebiet der Baupolizei sowie den Weisungen für den Bau und die Einrichtung von öffentlichen Gaststätten entsprechen.

[2] Probleme im Zusammenhang mit der Anzahl und der Anordnung der Parkplätze müssen dem Amt für Mobilität unterbreitet werden.

[3] Probleme im Hinblick auf die Zugänglichkeit der Sanitärräume und -installationen für behinderte Personen müssen der Kommission für behindertengerechtes Bauen unterbreitet werden.

Art. 46 Feuerpolizei

[1] Jede öffentliche Gaststätte, jede fahrende Küche und jede für eine zeitweilige Veranstaltung bestimmte Einrichtung muss der Spezialgesetzgebung über die Feuerpolizei sowie den einschlägigen Bauvorschriften entsprechen.

Art. 47 Lebensmittelsicherheit

[1] Jede öffentliche Gaststätte, jede fahrende Küche und jede für eine zeitweilige Veranstaltung bestimmte Einrichtung muss der Gesetzgebung über die Lebensmittel entsprechen.

Art. 48 Umweltschutz

[1] Die durch den Betrieb einer öffentlichen Gaststätte, einer fahrenden Küche oder eine zeitweilige Veranstaltung entstehenden Immissionen müssen der Gesetzgebung über den Lärmschutz entsprechen.

[2] Das Amt für Umwelt setzt von Fall zu Fall Massnahmen zur Begrenzung dieser Immissionen fest.

[3] …

Art. 49 Bezugsbewilligung

[1] Bevor eine neue Gaststätte oder eine umgebaute Gaststätte in Betrieb genommen wird, muss der Patentinhaber bei der Gemeinde eine Bezugsbewilligung einholen.

2.5 Gültigkeit und Entzug eines Patentes (Art. 30, 38 und 39 ÖGG)

Art. 50 …

Art. 51 Verfall und Erneuerung

[1] Die Gültigkeitsdauer der Patente für öffentliche Gaststätten verfällt am 31. Dezember; der Artikel 30 Abs. 2 GTG bleibt vorbehalten.

[2] Bevor ein Patent verlängert wird, holt das Amt die Stellungnahme des Oberamtmanns, der Gemeinde, des Amts für Lebensmittelsicherheit und Veterinärwesen / Kantonschemiker und, für Hotels oder hotelähnliche Betriebe, des Freiburger Tourismusverbandes ein.

[3] Genügen die genutzten Räumlichkeiten den Anforderungen an die Hygiene oder an die gute Ordnung nicht mehr oder hält sich der Betriebsführer nicht an die Gesetzgebung über den Tourismus, so kann das Amt das neue Patent mit Auflagen und Bedingungen versehen.

Art. 52 Entzug

[1] In den Fällen nach den Artikeln 38 und 39 GTG gibt die Behörde dem Betriebsführer in Übereinstimmung mit dem Gesetz über die Verwaltungsrechtspflege Gelegenheit zur Stellungnahme, bevor sie entscheidet.

[2] In leichten Fällen wird anstelle des fakultativen Entzugs eine Verwarnung ausgesprochen.

[3] Wenn die Umstände es rechtfertigen, holt die zuständige Behörde die Stellungnahme des Oberamtmanns ein.

2.6 Gebühren und Abgaben (Art. 41, 42 und 48 ÖGG)

2.6.1 Gebühren

Art. 53 Patenterteilung

[1] Für die Erteilung eines Patentes ist eine Gebühr nach folgendem Tarif zu entrichten:

Patent	Minimum	Maximum
Patent A, B, B+, C, D, E oder F	Fr. 200	Fr. 1000
Patent G, H, I, T und V	Fr. 50	Fr. 600
Patent K	Fr. 20	Fr. 200
Patent U	Fr. 100	Fr. 1000

[2] Wird ein Patent A, B, B+, C, D, E, F oder I für einen laufenden Betrieb erteilt, so darf die Gebühr 300 Franken nicht übersteigen.

Art. 54 Patentverweigerung, -entzug und -erneuerung

[1] Für jede Verweigerung, jeden Entzug und jede Erneuerung eines Patents erhebt die zuständige Behörde eine Gebühr von 50 bis 300 Franken.

Art. 55 …

Art. 56 Namensänderung

[1] Wird der Name einer öffentlichen Gaststätte geändert, ohne dass der Betrieb unterbrochen wird, so erhebt die für die Genehmigung zuständige Behörde eine Gebühr von 100 Franken.

Art. 57 Vorverlegung der Öffnungszeit

[1] Die Gebühr für die Bewilligung einer Vorverlegung der Öffnungszeit einer öffentlichen Gaststätte nach Artikel 47 des Gesetzes beträgt 100 Franken.

Art. 58 Verlängerungen

[1] Für die Verlängerungsbewilligungen nach Artikel 48 Abs. 1 GTG wird pauschal eine Gebühr von 35 Franken erhoben. Diese Gebühr kann bis auf höchstens 100 Franken erhöht werden, wenn die Bearbeitung des Gesuchs mit besonderen Schwierigkeiten verbunden ist.

[2] Die Gebühr für eine Verlängerungsbewilligung nach Artikel 48 Abs. 2 GTG beträgt 15 Franken pro Formular.

Art. 59 Zutrittsalter

[1] Für die Herabsetzung, die Aufhebung oder die Heraufsetzung der Altersgrenzen für den Zugang zu einer öffentlichen Gaststätte erhebt der Oberamtmann eine Gebühr von 50 bis 200 Franken.

Art. 60 Inkasso

[1] Das Amt wird mit dem Inkasso der Gebühren beauftragt.

[2] Für die in die Zuständigkeit des Oberamtmannes fallenden Entscheide werden die Gebühren vom Oberamt eingezogen.

2.6.2 Betriebsabgaben

Art. 61 Einschätzungsverfahren

[1] Das Amt stellt den Inhabern von Patenten für öffentliche Gaststätten alljährlich ein Einschätzungsformular zu, das innert dreissig Tagen ausgefüllt und unterzeichnet zurückgeschickt werden muss.

[2] Sofort nach Erhalt der Formulare übermittelt es diese gegebenenfalls dem Oberamtmann für eine Stellungnahme zu den Erklärungen.

[3] Es trifft seinen Entscheid, nachdem es in besonderen Fällen zusätzliche Auskünfte eingeholt oder eine Kontrolle vorgenommen hat.

[4] Schickt der Patentinhaber das Formular nicht zurück oder weigert er sich, es auszufüllen, so setzt es die Abgabe durch Einschätzung aufgrund der ihm zur Verfügung stehenden Angaben fest.

[5] Die Abgabe wird jährlich erhoben.

Art. 62 Wechsel des Patentinhabers

[1] Wird die Tätigkeit im Verlauf eines Jahres aufgegeben oder unterbrochen, so wird die geschuldete Betriebsabgabe vom Amt verhältnismässig herabgesetzt.

[2] Das Amt setzt den Betrag der vom neuen Inhaber geschuldeten Abgabe gestützt auf die vorhandenen Informationen provisorisch fest.

[3] Nachdem der neue Inhaber das Formular mit der Angabe seines Umsatzes eingereicht hat, wird die Abgabe definitiv festgesetzt.

Art. 63 Rechtsmittel

[1] Gegen Entscheide über die Festsetzung der Betriebsabgabe für eine öffentliche Gaststätte kann beim Amt innert dreissig Tagen Einsprache erhoben werden.

[2] Die Einspracheentscheide können mit Beschwerde beim Kantonsgericht angefochten werden.

Art. 64 Gebührentabelle

[1] Die jährliche Betriebsabgabe wird nach folgender Tabelle festgesetzt:

a) Patente A, B, E, G, H, I, T, U und V
   1. Bruttoumsatz bis Fr. 100'000: Abgabe Fr. 100 – 350
   2. Bruttoumsatz 100'001 – 400'000: Abgabe Fr. 351 – 800
   3. Bruttoumsatz 400'001 – 1'000'000: Abgabe Fr. 801 – 1400
   4. Bruttoumsatz 1'000'001 – 1'500'000: Abgabe Fr. 1401 – 1750
   5. Bruttoumsatz 1'500'001 – 5'250'000: Abgabe Fr. 1751 – 4000
   6. Bruttoumsatz über Fr. 5'250'000: Abgabe Fr. 4000

b) Patent C
   1. Bruttoumsatz bis Fr. 100'000: Abgabe Fr. 100 – 300
   2. Bruttoumsatz 100'001 – 400'000: Abgabe Fr. 301 – 700
   3. Bruttoumsatz 400'001 – 1'000'000: Abgabe Fr. 701 – 1200
   4. Bruttoumsatz 1'000'001 – 1'500'000: Abgabe Fr. 1201 – 1600
   5. Bruttoumsatz 1'500'001 – 5'250'000: Abgabe Fr. 1601 – 3000
   6. Bruttoumsatz über Fr. 5'250'000: Abgabe Fr. 3000

c) Patent D
   1. Bruttoumsatz bis Fr. 200'000: Abgabe Fr. 1000
   2. Bruttoumsatz 200'001 – 700'000: Abgabe Fr. 1001 – 1750
   3. Bruttoumsatz 700'001 – 4'000'000: Abgabe Fr. 1751 – 5000
   4. Bruttoumsatz über Fr. 4'000'000: Abgabe Fr. 5000

d) Patent F
   1. Bruttoumsatz bis Fr. 400'000: Abgabe Fr. 1000
   2. Bruttoumsatz 400'001 – 1'000'000: Abgabe Fr. 1001 – 1750
   3. Bruttoumsatz 1'000'001 – 1'500'000: Abgabe Fr. 1751 – 2200
   4. Bruttoumsatz 1'500'001 – 5'700'000: Abgabe Fr. 2201 – 5000
   5. Bruttoumsatz über Fr. 5'700'000: Abgabe Fr. 5000

Art. 65 Inkasso

[1] Die Betriebsabgaben für die Patente A-I sowie für die Patente T-V werden vom Amt eingezogen.

[2] Das Oberamt kassiert die Betriebsabgaben für das Patent K ein.

[3] Die Abgabe ist innert dreissig Tagen nach Erhalt der Rechnung zu entrichten.

Art. 65a Verteilung des Ertrags der Betriebsabgaben

[1] Als Grundlage für die Verteilung des Ertrags der Betriebsabgaben dient der Kontoabschluss über die eingezogenen Beträge vom Vorjahr.

[2] Zu Jahresbeginn unterbreitet Gastro-Freiburg dem Amt das Programm für die beabsichtigten Weiterbildungskurse, zusammen mit einer Kostenschätzung, zur Stellungnahme.

[3] Die Bezahlung der Kosten für die durchgeführten Kurse erfolgt spätestens am Ende des Jahres nach Vorlegung einer detaillierten Abrechnung.

[4] Die Kontrolle durch das Finanzinspektorat bleibt vorbehalten.

2.7 Betriebsführung (Art. 5, 22, 23, 31, 46-49bis, 53a, 57 und 60 ÖGG)

Art. 65b Unerlaubter Betrieb

[1] Stellt der Oberamtmann fest, dass innerhalb seines Zuständigkeitsbereiches eine öffentliche Gaststätte ohne Bewilligung betrieben wird, so setzt er das Amt davon in Kenntnis.

Art. 66 Vorverlegung der Öffnungszeit

[1] Die Bewilligung für die Vorverlegung der Öffnungszeit kann für einen Betrieb erteilt werden, der an einer Hauptverkehrsstrasse oder Haupteisenbahnstrecke oder in einer touristischen Region liegt, in der bereits am Morgen starker Verkehr herrscht.

[2] Der Oberamtmann holt die Stellungnahme der Gemeindebehörden ein.

[3] Die Bewilligung wird für längstens ein Jahr erteilt; danach nimmt der Oberamtmann eine Überprüfung vor.

Art. 67 Verlängerungen

[1] In den Fällen nach Artikel 48 Abs. 2 GTG verlangt der Betriebsführer beim Oberamt die Verlängerungsformulare für die seinen Bedürfnissen entsprechende Verlängerungszeit; er bezahlt die Gebühren im Voraus.

[2] Beschliesst der Betriebsführer, die Schliessungszeit hinauszuschieben, so füllt er eines seiner Formulare aus, unterzeichnet es und schlägt es an einem von aussen gut sichtbaren Ort an. Ein Formular entspricht jeweils einer Verlängerung um eine Stunde.

[3] Nach Gebrauch stellt er das Formular unverzüglich dem Oberamt zu; dieses sorgt dafür, dass jeder Betrieb die bewilligte Anzahl Stunden einhält.

Art. 68 …

Art. 69 Patent H – Öffnungsperiode und Betriebszeiten

[1] Die Öffnungsperiode und die Betriebszeiten für eine Gaststätte, deren Betriebsführer ein Patent H hat, werden von Fall zu Fall festgesetzt, je nach Abwicklung der Haupttätigkeit, von der sie abhängt.

[2] Die Gaststätte darf jedoch nicht vor 8.00 Uhr und grundsätzlich längstens bis 23.00 Uhr geöffnet werden.

[3] Damit der späten Programmansetzung kultureller Anlässe Rechnung getragen werden kann, dürfen Buvetten in Kinos, Theatern, Konzert- und Unterhaltungssälen nach 23.00 Uhr, spätestens jedoch bis eine Stunde nach Ende der Vorstellung betrieben werden. Der ausserordentliche Betrieb über 3.00 Uhr hinaus muss jedoch bis spätestens 20 Tage vor der Vorstellung dem Oberamt gemeldet werden.

Art. 70 Patent H – Verlängerungen

[1] Auf begründetes und dem Oberamt vorgelegtes Gesuch hin kann ein Betrieb, dessen Betriebsführer ein Patent H hat, ausserhalb der im Patent vermerkten Öffnungszeiten betrieben werden.

[2] Unter diesen Umständen erteilt der Oberamtmann die Bewilligung nach Artikel 48 GTG.

Art. 71 Patent H – Fähigkeitsausweis

[1] Der Inhaber eines Patentes H muss im Besitz eines kantonalen Fähigkeitsausweises für Betriebsführer öffentlicher Gaststätten sein, wenn der Betrieb mehr als zwanzig Sitzplätze im Innern aufweist und die angebotenen Leistungen hinsichtlich Speisen und Getränken mit jenen eines Café-Restaurants vergleichbar sind.

Art. 71a Patent I

[1] Der Artikel 71 gilt ebenfalls für den Inhaber eines Patentes I.

Art. 72 Lärmgrenzwert

[1] Der Inhaber eines Patents B+, D, E oder H für Buvetten in Kinos, Theatern oder Konzert- und Unterhaltungssälen, der Lautsprecher- oder Tonverstärkeranlagen verwenden oder bestehende Anlagen ändern will, sodass ein Lärmgrenzwert möglich ist, der das Gehör der Kundschaft gefährden könnte, muss dies vor der Inbetriebnahme dem Amt für Umwelt melden.

[2] Der Betriebsführer ist für die Messung und die Regulierung des Lärmpegels verantwortlich.

Art. 73 …

Art. 74 …

Art. 75 …

Art. 76 Gästekontrolle – Register

[1] Der Betriebsführer tragt die von ihm beherbergten Gäste täglich in ein Register ein oder registriert sie gemäss einem anderen vom Amt bewilligten System.

[2] Das Register wird auf Verlangen vom Amt abgegeben.

[3] Es muss wahrend fünf Jahren im Betrieb aufbewahrt werden; dies gilt auch bei einem Wechsel des Betriebsführers.

Art. 77 Gästekontrolle – Ankunftsscheine

[1] Der Gast muss alle Rubriken des Ankunftsscheins genau und leserlich ausfüllen.

[2] Der Betriebsführer übergibt der Kantonspolizei ein Doppel des Scheins. Mit Ausnahme der persönlichen Daten des Gastes werden die auf dem Schein aufgeführten Informationen ebenfalls dem Freiburger Tourismusverband mitgeteilt.

[3] Die Scheine werden auf Verlangen vom Amt abgegeben.

[4] Bei Kongressen, Versammlungen und Gruppenreisen müssen die Gäste die persönlichen Ankunftsscheine nicht ausfüllen. Der Verantwortliche übergibt dem Betriebsführer ein vollständiges Verzeichnis, in dem mindestens Namen, Vornamen, Nationalität und Wohnsitz sowie das Ankunftsdatum der Teilnehmer angegeben sind.

3 Tanz

Art. 78 …

Art. 79 …

Art. 80 …

Art. 81 …

Art. 82-85

4 Übergangs- und Schlussbestimmungen

4.1 Übergangsbestimmungen

Art. 86 …

Art. 87 …

Art. 88 Fähigkeitsausweis

[1] Der vor dem Inkrafttreten dieses Reglementes erteilte kantonale Fähigkeitsausweis für Betriebsführer öffentlicher Gaststätten behält seine Gültigkeit.

[2] Der kantonale Fähigkeitsausweis für Inhaber von Tea-Rooms behält seine Gültigkeit für die Führung eines Betriebes, in dem nur Backwaren, Feingebäck, Konfekt und Eiswaren sowie Getränke mit oder ohne Alkohol angeboten werden.

4.2 Schlussbestimmungen

Art. 89 Aufhebung

[1] Der Beschluss vom 5. Mai 1958 über die Unterbringung von Ferienkolonien wird aufgehoben.

Art. 90 Änderung bisherigen Rechts – Ausführungsreglement zum Gesetz über die öffentlichen Gaststätten

[1] Das Ausführungsreglement vom 20. Mai 1974 zum Gesetz vom 21. November 1972 über die öffentlichen Gaststätten, den Tanz und den Getränkehandel wird wie folgt geändert:

...

Art. 91 Änderung bisherigen Rechts – Vollziehungsverordnung zum Gesetz über die Handelspolizei

[1] Die Vollziehungsverordnung vom 17. Februar 1959 zum Gesetz über die Handelspolizei wird wie folgt geändert:

...

Art. 92 Änderung bisherigen Rechts – Tarif der Verwaltungsgebühren

[1] Der Tarif der Verwaltungsgebühren vom 9. Januar 1968 wird wie folgt geändert:

...

Art. 93 Inkrafttreten

[1] Dieses Reglement tritt am 1. Januar 1993 in Kraft.

[2] Es ist im Amtsblatt zu veröffentlichen, in die Amtliche Gesetzessammlung aufzunehmen und im Sonderdruck herauszugeben.

Änderungstabelle – Nach Beschlussdatum

Beschluss	Berührtes Element	Änderungstyp	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
16.11.1992	Erlass	Grunderlass	01.01.1993	BL/AGS 1992 f 470 / d 471
16.07.1993	Art. 87	geändert	01.01.1993	BL/AGS 1993 f 363 / d 367
13.12.1994	Art. 64	geändert	01.01.1994	BL/AGS 1994 f 670 / d 677
02.12.1996	Abschnitt 1	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 2	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 3	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 3a	eingefügt	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 3b	eingefügt	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 3c	eingefügt	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Abschnitt 2.1	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 8	aufgehoben	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 11	aufgehoben	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 12	aufgehoben	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 13	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 18	aufgehoben	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 20	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 21	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 22	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 24	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 25	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 27	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 28	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 29	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 31	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 36	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 43	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 44	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 47	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 48	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 49	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Abschnitt 2.5	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 50	aufgehoben	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 51	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 55	aufgehoben	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 60	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 61	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 63	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 64	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 65a	eingefügt	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Abschnitt 2.7	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 67	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 69	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 70	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 71	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 71a	eingefügt	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 75	aufgehoben	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 78	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 80	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 81	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
02.12.1996	Art. 82-85	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772

Beschluss	Berührtes Element	Änderungstyp	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
02.12.1996	Art. 14	aufgehoben	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761/ d 772
02.12.1996	Art. 32	geändert	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761/ d 772
21.12.1999	Art. 4	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Abschnitt 2.3.1	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 19	aufgehoben	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 20	aufgehoben	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 22	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 23	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 25	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 27	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 28	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 29	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 30	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 31	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 32	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 33	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 34	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 35	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 36	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 37	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 38	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 39	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 40	aufgehoben	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 41	aufgehoben	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 42	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 43	aufgehoben	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 44	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 48	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 58	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 61	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 62	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 65	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 67	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 68	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 70	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
21.12.1999	Art. 81	geändert	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
11.12.2001	Art. 53	geändert	01.01.2002	BL/AGS 2001 f 671 / d 684
14.11.2002	Art. 4	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 5	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 6	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 9	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 13	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 16	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 22	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 23	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 24	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 27	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 29	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 30	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 45	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 48	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 51	geändert	01.01.2003	2002_120

Beschluss	Berührtes Element	Änderungstyp	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
14.11.2002	Art. 60	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 61	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 62	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 63	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 65	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 65a	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 73	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 74	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 76	geändert	01.01.2003	2002_120
14.11.2002	Art. 77	geändert	01.01.2003	2002_120
19.11.2002	Art. 4	geändert	01.06.2002	2002_125
19.11.2002	Art. 22	geändert	01.06.2002	2002_125
19.11.2002	Art. 22a	eingefügt	01.06.2002	2002_125
19.11.2002	Art. 29	geändert	01.06.2002	2002_125
19.11.2002	Art. 44	geändert	01.06.2002	2002_125
08.04.2003	Art. 21	geändert	01.01.2003	2003_054
08.04.2003	Art. 25	geändert	01.01.2003	2003_054
08.04.2003	Art. 26	geändert	01.01.2003	2003_054
08.04.2003	Art. 28	geändert	01.01.2003	2003_054
08.04.2003	Art. 33	geändert	01.01.2003	2003_054
08.04.2003	Art. 35	geändert	01.01.2003	2003_054
08.04.2003	Art. 44	geändert	01.01.2003	2003_054
08.04.2003	Art. 51	geändert	01.01.2003	2003_054
08.04.2003	Art. 72	geändert	01.01.2003	2003_054
08.04.2003	Art. 76	geändert	01.01.2003	2003_054
27.06.2006	Art. 3	geändert	01.07.2006	2006_050
27.06.2006	Art. 3c	geändert	01.07.2006	2006_050
27.06.2006	Art. 4	geändert	01.07.2006	2006_050
27.06.2006	Art. 10	geändert	01.07.2006	2006_050
27.06.2006	Art. 29	geändert	01.07.2006	2006_050
27.06.2006	Art. 44	geändert	01.07.2006	2006_050
27.06.2006	Art. 59	geändert	01.07.2006	2006_050
27.06.2006	Abschnitt 2.7	geändert	01.07.2006	2006_050
27.06.2006	Art. 65b	eingefügt	01.07.2006	2006_050
10.12.2007	Art. 4	geändert	01.01.2008	2007_125
10.12.2007	Art. 21	geändert	01.01.2008	2007_125
10.12.2007	Art. 22	geändert	01.01.2008	2007_125
10.12.2007	Art. 25	geändert	01.01.2008	2007_125
10.12.2007	Art. 28	geändert	01.01.2008	2007_125
10.12.2007	Art. 29	geändert	01.01.2008	2007_125
10.12.2007	Art. 53	geändert	01.01.2008	2007_125
10.12.2007	Art. 64	geändert	01.01.2008	2007_125
10.12.2007	Art. 65	geändert	01.01.2008	2007_125
08.01.2008	Art. 63	geändert	01.01.2008	2008_001
23.11.2010	Art. 7a	eingefügt	01.01.2011	2010_129
23.11.2010	Art. 53	geändert	01.01.2011	2010_129
23.11.2010	Art. 64	geändert	01.01.2011	2010_129
23.11.2010	Art. 65	geändert	01.01.2011	2010_129
03.12.2012	Art. 13	geändert	01.01.2013	2012_115
03.12.2012	Art. 16	geändert	01.01.2013	2012_115
03.12.2012	Art. 51	geändert	01.01.2013	2012_115
11.12.2012	Erlasstitel	geändert	01.01.2013	2012_124

Beschluss	Berührtes Element	Änderungstyp	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
11.12.2012	Abschnitt 1	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 3a	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 3c	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Abschnitt 2.1	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 4	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 5	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 6	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 7	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 8	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 10	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 13	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 16	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 17	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 18	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Abschnitt 2.3	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 21	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 23	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 25	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 26	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 28	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 29	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 30	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 31	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 33	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 34	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 35	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 36	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 39	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 42	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 44	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Abschnitt 2.4	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 45	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 47	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 48	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 49	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Abschnitt 2.5	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 51	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Abschnitt 2.6	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 53	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 57	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Abschnitt 2.7	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 66	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 68	aufgehoben	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 69	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 72	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 73	aufgehoben	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 74	aufgehoben	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Abschnitt 3	geändert	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 78	aufgehoben	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 79	aufgehoben	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 80	aufgehoben	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 81	aufgehoben	01.01.2013	2012_124

Beschluss	Berührtes Element	Änderungstyp	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
11.12.2012	Art. 82-85	aufgehoben	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 86	aufgehoben	01.01.2013	2012_124
11.12.2012	Art. 87	aufgehoben	01.01.2013	2012_124
12.12.2016	Art. 3d	eingefügt	01.01.2017	2016_162
12.12.2016	Art. 7b	eingefügt	01.01.2017	2016_162
12.12.2016	Art. 10	geändert	01.01.2017	2016_162
12.12.2016	Art. 13	geändert	01.01.2017	2016_162
12.12.2016	Art. 14	geändert	01.01.2017	2016_162
12.12.2016	Art. 29	geändert	01.01.2017	2016_162
12.12.2016	Abschnitt 2.4	geändert	01.01.2017	2016_162
12.12.2016	Art. 46	geändert	01.01.2017	2016_162
12.12.2016	Art. 47	geändert	01.01.2017	2016_162
12.12.2016	Art. 48	geändert	01.01.2017	2016_162
12.12.2016	Art. 53	geändert	01.01.2017	2016_162
12.12.2016	Art. 64	geändert	01.01.2017	2016_162
12.12.2016	Art. 65	geändert	01.01.2017	2016_162
29.06.2020	Art. 3a	aufgehoben	01.07.2020	2020_082
29.06.2020	Art. 3b	Titel geändert	01.07.2020	2020_082
29.06.2020	Art. 3b Abs. 1	geändert	01.07.2020	2020_082
08.04.2022	Art. 44 Abs. 1	geändert	01.02.2022	2022_046

Änderungstabelle – Nach Artikel

Berührtes Element	Änderungstyp	Beschluss	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
Erlass	Grunderlass	16.11.1992	01.01.1993	BL/AGS 1992 f 470 / d 471
Erlasstitel	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Abschnitt 1	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Abschnitt 1	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 2	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 3	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 3	geändert	27.06.2006	01.07.2006	2006_050
Art. 3a	eingefügt	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 3a	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 3a	aufgehoben	29.06.2020	01.07.2020	2020_082
Art. 3b	eingefügt	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 3b	Titel geändert	29.06.2020	01.07.2020	2020_082
Art. 3b Abs. 1	geändert	29.06.2020	01.07.2020	2020_082
Art. 3c	eingefügt	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 3c	geändert	27.06.2006	01.07.2006	2006_050
Art. 3c	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 3d	eingefügt	12.12.2016	01.01.2017	2016_162
Abschnitt 2.1	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Abschnitt 2.1	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 4	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 4	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 4	geändert	19.11.2002	01.06.2002	2002_125
Art. 4	geändert	27.06.2006	01.07.2006	2006_050
Art. 4	geändert	10.12.2007	01.01.2008	2007_125
Art. 4	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124

Berührtes Element	Änderungstyp	Beschluss	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
Art. 5	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 5	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 6	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 6	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 7	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 7a	eingefügt	23.11.2010	01.01.2011	2010_129
Art. 7b	eingefügt	12.12.2016	01.01.2017	2016_162
Art. 8	aufgehoben	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 8	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 9	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 10	geändert	27.06.2006	01.07.2006	2006_050
Art. 10	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 10	geändert	12.12.2016	01.01.2017	2016_162
Art. 11	aufgehoben	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 12	aufgehoben	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 13	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 13	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 13	geändert	03.12.2012	01.01.2013	2012_115
Art. 13	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 13	geändert	12.12.2016	01.01.2017	2016_162
Art. 14	aufgehoben	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761/ d 772
Art. 14	geändert	12.12.2016	01.01.2017	2016_162
Art. 16	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 16	geändert	03.12.2012	01.01.2013	2012_115
Art. 16	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 17	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 18	aufgehoben	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 18	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Abschnitt 2.3	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Abschnitt 2.3.1	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 19	aufgehoben	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 20	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 20	aufgehoben	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 21	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 21	geändert	08.04.2003	01.01.2003	2003_054
Art. 21	geändert	10.12.2007	01.01.2008	2007_125
Art. 21	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 22	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 22	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 22	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 22	geändert	19.11.2002	01.06.2002	2002_125
Art. 22	geändert	10.12.2007	01.01.2008	2007_125
Art. 22a	eingefügt	19.11.2002	01.06.2002	2002_125
Art. 23	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 23	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 23	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 24	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 24	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 25	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 25	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 25	geändert	08.04.2003	01.01.2003	2003_054
Art. 25	geändert	10.12.2007	01.01.2008	2007_125

Berührtes Element	Änderungstyp	Beschluss	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
Art. 25	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 26	geändert	08.04.2003	01.01.2003	2003_054
Art. 26	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 27	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 27	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 27	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 28	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 28	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 28	geändert	08.04.2003	01.01.2003	2003_054
Art. 28	geändert	10.12.2007	01.01.2008	2007_125
Art. 28	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 29	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 29	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 29	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 29	geändert	19.11.2002	01.06.2002	2002_125
Art. 29	geändert	27.06.2006	01.07.2006	2006_050
Art. 29	geändert	10.12.2007	01.01.2008	2007_125
Art. 29	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 29	geändert	12.12.2016	01.01.2017	2016_162
Art. 30	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 30	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 30	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 31	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 31	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 31	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 32	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761/ d 772
Art. 32	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 33	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 33	geändert	08.04.2003	01.01.2003	2003_054
Art. 33	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 34	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 34	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 35	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 35	geändert	08.04.2003	01.01.2003	2003_054
Art. 35	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 36	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 36	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 36	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 37	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 38	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 39	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 39	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 40	aufgehoben	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 41	aufgehoben	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 42	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 42	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 43	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 43	aufgehoben	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 44	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 44	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 44	geändert	19.11.2002	01.06.2002	2002_125
Art. 44	geändert	08.04.2003	01.01.2003	2003_054

Berührtes Element	Änderungstyp	Beschluss	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
Art. 44	geändert	27.06.2006	01.07.2006	2006_050
Art. 44	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 44 Abs. 1	geändert	08.04.2022	01.02.2022	2022_046
Abschnitt 2.4	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Abschnitt 2.4	geändert	12.12.2016	01.01.2017	2016_162
Art. 45	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 45	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 46	geändert	12.12.2016	01.01.2017	2016_162
Art. 47	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 47	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 47	geändert	12.12.2016	01.01.2017	2016_162
Art. 48	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 48	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 48	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 48	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 48	geändert	12.12.2016	01.01.2017	2016_162
Art. 49	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 49	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Abschnitt 2.5	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Abschnitt 2.5	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 50	aufgehoben	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 51	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 51	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 51	geändert	08.04.2003	01.01.2003	2003_054
Art. 51	geändert	03.12.2012	01.01.2013	2012_115
Art. 51	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Abschnitt 2.6	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 53	geändert	11.12.2001	01.01.2002	BL/AGS 2001 f 671 / d 684
Art. 53	geändert	10.12.2007	01.01.2008	2007_125
Art. 53	geändert	23.11.2010	01.01.2011	2010_129
Art. 53	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 53	geändert	12.12.2016	01.01.2017	2016_162
Art. 55	aufgehoben	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 57	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 58	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 59	geändert	27.06.2006	01.07.2006	2006_050
Art. 60	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 60	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 61	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 61	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 61	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 62	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 62	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 63	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 63	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 63	geändert	08.01.2008	01.01.2008	2008_001
Art. 64	geändert	13.12.1994	01.01.1994	BL/AGS 1994 f 670 / d 677
Art. 64	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 64	geändert	10.12.2007	01.01.2008	2007_125
Art. 64	geändert	23.11.2010	01.01.2011	2010_129
Art. 64	geändert	12.12.2016	01.01.2017	2016_162
Art. 65	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577

Berührtes Element	Änderungstyp	Beschluss	Inkrafttreten	Quelle (ASF seit 2002)
Art. 65	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 65	geändert	10.12.2007	01.01.2008	2007_125
Art. 65	geändert	23.11.2010	01.01.2011	2010_129
Art. 65	geändert	12.12.2016	01.01.2017	2016_162
Art. 65a	eingefügt	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 65a	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Abschnitt 2.7	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Abschnitt 2.7	geändert	27.06.2006	01.07.2006	2006_050
Abschnitt 2.7	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 65b	eingefügt	27.06.2006	01.07.2006	2006_050
Art. 66	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 67	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 67	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 68	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 68	aufgehoben	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 69	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 69	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 70	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 70	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 71	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 71a	eingefügt	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 72	geändert	08.04.2003	01.01.2003	2003_054
Art. 72	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 73	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 73	aufgehoben	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 74	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 74	aufgehoben	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 75	aufgehoben	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 76	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Art. 76	geändert	08.04.2003	01.01.2003	2003_054
Art. 77	geändert	14.11.2002	01.01.2003	2002_120
Abschnitt 3	geändert	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 78	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 78	aufgehoben	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 79	aufgehoben	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 80	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 80	aufgehoben	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 81	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 81	geändert	21.12.1999	01.01.2000	BL/AGS 1999 f 563 / d 577
Art. 81	aufgehoben	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 82-85	geändert	02.12.1996	01.01.1997	BL/AGS 1996 f 761 / d 772
Art. 82-85	aufgehoben	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 86	aufgehoben	11.12.2012	01.01.2013	2012_124
Art. 87	geändert	16.07.1993	01.01.1993	BL/AGS 1993 f 363 / d 367
Art. 87	aufgehoben	11.12.2012	01.01.2013	2012_124